

Dokumente

Jugendarbeit der LDP

Dokument 1

Schreiben Rudolf Bätchers (Jugendreferent des LV Brandenburg der LDP) an Wolfgang Schollwer vom 11.5.1948 zur Arbeit des „Ausschusses zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums“ (AdL 6947-I, S. 207). Im April 1948 hatte Volksbildungsminister Rücker einen „Ausschuß zur Förderung des Arbeiter- und Bauernstudiums“ eingesetzt. Den Vorsitz dieses Ausschusses übernahm der FDGB, den geschäftsführenden Vorsitz die FDJ.

Betr.: Arbeiter- und Bauern-Studium.

Folgende Richtlinien wollen Sie künftig im Ausschuß für Arbeiter- und Bauern-Studium berücksichtigen:

a) Stipendien

Von der Voraussetzung ausgehend, daß jedem begabten jungen Menschen die Möglichkeit des Studiums offenstehen soll, muß der Genuß von Stipendien der minderbemittelten Bevölkerung vorbehalten bleiben. Hierzu zählen in erster Linie Arbeiter- und Kleinbauernfamilien, jedoch müßten auch die Kinder von Angestellten und Klein-Handwerkern berücksichtigt werden.

b) Zulassung zum Studium

Die Zulassung muß nach Auffassung der LDP allein nach der Beurteilung der Fähigkeiten erfolgen. Parteizugehörigkeit und Herkunft dürfen hierbei keine Rolle spielen. Es ist selbstverständlich, daß Bewerber, deren demokratische Einstellung zweifelhaft ist, von der Hochschule ausgeschlossen bleiben. Das Recht zum Studium muß jedem befähigten Staatsbürger gleichermaßen offenstehen, eine Auswahl nach proletarischer oder bürgerlicher Herkunft wird als unvereinbar mit der liberalen Auffassung über die freie Entwicklung der Persönlichkeit abgelehnt. Unter diesem Gesichtspunkt kann die LDP zwar der Notwendigkeit einer Garantie, Arbeiterkinder usw. bei der Zulassung zum Studium mit voller Gleichberechtigung zu behandeln, zustimmen; die Festlegung einer prozentualen Quote für die Zulassung muß jedoch als unsozial und der liberalen Auffassung entgegengesetzt zurückgewiesen werden.

Der Vorstand des Landesverbandes wird sich in Kürze mit dieser Frage befassen, und wir bitten Sie, einen Bericht über die vorgenannten Fragen, in Sonderheit unter möglichst genauer Wiedergabe der Ausführungen des Ministers für Volksbildung, vorzulegen.

Den von Bätcher gewünschten Bericht legte Schollwer am 19. Mai 1948 vor. In einem ersten Teil gab er Rückers Forderungen nach einer „sozialen Umwälzung im Hochschulwesen“ wieder, ging in einem zweiten Teil auf die Arbeit des Ausschusses ein, der sein Hauptaugenmerk auf die soziale Herkunft und das politische Engagement lege, um dann abschließend zu folgendem Urteil zu kommen:

„Zusammenfassend kann man wohl sagen, daß diese Kommission keinerlei Möglichkeit zur wirklichen Mitarbeit unserer Partei bietet. All die dort vertretenen Tendenzen – seien sie nun politischer oder überspitzt sozialer Natur – lassen sich mit unserem liberaldemokratischen Gedankengut in keiner Weise vereinbaren! Der Vertreter der CDU hat sich bereits nach der ersten oder zweiten Sitzung zurückgezogen und auch für uns Liberaldemokraten dürfte m. E. kein Platz mehr sein in einer Institution, deren Bestreben es allein ist, ihre einseitigen parteipolitischen Ziele dem Hochschulwesen aufzuoktroyieren und die ostdeutschen Universitäten zu Parteiuniversitäten der SED zu machen. Gegen diese Machenschaften kann ich als einziger Vertreter der ‚bürgerlichen‘ Richtung gegenüber der Masse der kommunistischen Organisationen mit Erfolg natürlich nicht angehen. Die Gefahren einer einseitigen Hochschulpolitik abzuwenden muß den Landtagen und vor allem auch der Zonenleitung in erster Linie vorbehalten bleiben!“ (AdL 6947–1, S. 211)

Dokument 2

Rudolf Bätcher (Jugendreferent des LV Brandenburg der LDP): Richtlinien für die Jugendarbeit in der LDP vom 22.10.1948 (AdL 6947–2, S. 350).

1. Zweck

- a) Festlegung einer zielbewußten Jugendpolitik in der Parteiarbeit.
- b) Wahrnehmung der Jugendinteressen den Organen der Partei gegenüber.
- c) Einordnung der jugendlichen Mitglieder in die politische Arbeit der Partei.
- d) Durchführung der von den Parteiorganen in der Jugendpolitik beschlossenen Maßnahmen.

2. Organe

- a) Bei der Parteileitung und bei den Landes-, Bezirks- und Kreisverbänden sind Jugendausschüsse zu bilden. Sie sollen auch bei den nachgeordneten Verbänden gegründet werden.
- b) Nach Maßgabe der Satzung der LDP sind in die Vorstände aller Parteigliederungen Jugendliche in angemessener Zahl zu wählen. Sie werden von den zuständigen Jugendausschüssen als Jugendvertreter vorgeschlagen.
- d) Durch die Vorstände der Parteigliederungen sind Jugendreferenten zu berufen. Sie werden hauptamtlich angestellt und können in dieser Eigenschaft nicht Mitglieder des sie berufenden Vorstandes sein. Ihre Berufung erfolgt mit Einverständnis des Jugendausschusses. Für besondere Aufgaben innerhalb des Jugendreferates können Jugendsekretäre in gleicher Weise als Sachbearbeiter angestellt werden.

3. Arbeitsweise

- a) Die Jugendausschüsse werden satzungsgemäß gebildet und arbeiten nach ihrer Geschäftsordnung. Die Beschlüsse der Jugendausschüsse

sind dem zuständigen Vorstand zur Billigung vorzulegen. Die Vorsitzenden der Jugendausschüsse sollen nicht zugleich Jugendreferenten sein.

- b) Auf Grund der Beschlüsse der Jugendausschüsse sind die Belange der Jugend durch die Jugendvertreter in den Vorständen vertreten. Sie haben an allen Sitzungen der Jugendausschüsse teilzunehmen. Auf Grund ihrer Vorschläge wird die Arbeitsweise der Jugendreferenten durch den Vorstand bestimmt.
- c) Die Jugendreferenten arbeiten nach den von den Vorständen in Verbindung mit den Jugendausschüssen beschlossenen Richtlinien. Sie sorgen für eine enge Verbindung zwischen Jugendausschuß und Vorstand.

Die Jugendarbeit ist ein Teil der politischen Arbeit der Partei, deshalb ist eine gute Zusammenarbeit dringendstes Erfordernis. Die vorstehenden Richtlinien sollen eine Klarstellung der Begriffe herbeiführen. Die Landesverbände und die ihnen nachgeordneten Parteiverbände werden gebeten, die Jugendarbeit in ihren Verbänden diesem Organisationsplan alsbald anzugleichen.

Dokument 3

Rudolf Bätcher: „Die Jugendarbeit in Partei und Jugendorganisation“. Manuskript eines Referates, von W. Schollwer handschriftlich mit dem Eingangsvermerk 27./28.11.1948 versehen (AdL 6947-2, S. 405-413).

Die Jugendarbeit in der Partei ist eigentlich nichts anderes als unsere parteipolitische Tätigkeit überhaupt, nur daß sie unter besonderen Bedingungen geleistet wird. Das Ziel der Jugendarbeit ist darum auch in keiner Weise von dem der Gesamtpartei zu trennen, sondern es muß ein harmonisches Glied gemeinsamer Arbeit sein.

Ich trenne meine Ausführungen in zwei Gebiete, in die der innerparteilichen Arbeit und die der Mitarbeit in staatlichen Organen und in den Jugendorganisationen. Für das Leben der Partei ist die erstere von entscheidender Bedeutung. Bedenken wir aber, daß die Partei nicht einem Selbstzweck dient, dann wird der Jugendarbeit in den Verwaltungen und in den Jugendorganisationen der Vorrang zu geben sein.

Die Jugendarbeit innerhalb der Partei wird in erster Linie vom Standpunkt der Einordnung der jugendlichen Kräfte in die allgemeine Parteiarbeit zu betrachten sein. Keinesfalls darf sie zu Differenzen zwischen den Generationen oder gar zu einer Kampfstellung zwischen ihnen führen. Wie wir gegen den Klassenkampf sind, so lehnen wir auch den Generationskampf ab, und dem Volke, oder besonders der Jugend, wird ja nicht dadurch geholfen, daß man verschiedene Interessen der Generation gegeneinander ausspielt, oder sie übertreibt, sondern, daß man die älteren und jüngeren Glieder eines Volkes oder hier einer Partei in kameradschaftlichem Verständnis zusammenführt und einander näherbringt. Die Partei

muß auf die ganze Jugend wirken. Sie hat deshalb vornehmlich zu allen Problemen der Jugend Stellung zu nehmen. Damit sie das kann, werden die jugendlichen Mitglieder der Partei alles Material zusammentragen, um den leitenden Persönlichkeiten der Partei ein verständliches Bild ihrer Sorgen zu vermitteln und damit eine volksverbundene Betrachtungsweise der Jugendprobleme zu ermöglichen, d. h., daß das Programm der LDP in klarer Weise hierzu Stellung nimmt und zielbewußt für die Interessen der jugendlichen Mitglieder und damit der deutschen Jugend eintritt. Die Verbreitung unserer Anschauung wird zum großen Teil den Jugendlichen selbst überlassen sein müssen und sie gehen erfahrungsgemäß mit einem beachtlichen Elan an diese Aufgabe. Die Wahrnehmung der Jugendinteressen innerhalb der Partei, eben zum Zwecke der Wirkung nach außen, macht verschiedene Voraussetzungen notwendig. Die Heranführung jugendlicher Kräfte an die Parteiarbeit ist ihre Grundbedingung. Die Jugendlichen selbst fordern ihr Teil an der Verantwortung. Die ältere Generation muß sich verpflichtet fühlen, ihnen den Weg in die Verantwortung zu öffnen und ihn leicht zu machen. Sie muß vor allem dafür sorgen, daß sie das nötige Verständnis für die politischen Verhältnisse unserer Zeit erwerben können und sich damit in die allgemeine Linie der Partei einzufügen in der Lage sind.

Die Forderung der Jugendlichen nach Beteiligung in der Arbeit der Vorstände ist ein schönes Zeichen ihres Willens zur Aktivität und kann durch die verantwortlichen Parteifunktionäre nicht genug gefördert werden; denn Verständnis für politische Dinge und die Freude an aktiver Arbeit erwirbt man in erhöhtem Maße, wenn man selbst an mitverantwortlicher Stelle eingesetzt wird. Infolgedessen wird man ganz von selbst dazu übergehen, die Jugendlichen noch mehr als bisher als Abgeordnete in die Parlamente zu nehmen. Gewiß haben ältere Parteifreunde oftmals größeren Anspruch hierauf durch längere Tätigkeit; aber die Arbeit unserer Fraktionen zeigt, daß eine Verjüngung durchaus angebracht, in einzelnen Fällen dringend erforderlich ist.

Ein besonderes Augenmerk wäre auch dem Ausbau der Organisation der Jugendarbeit zuzuwenden, damit das Werben der Partei um die deutsche Jugend gleichmäßig in allen Ländern und Kreisen eine bessere Grundlage erhält.

Innerhalb der Partei wurden drei Organe geschaffen, die sich mit allen Angelegenheiten der Jugend zu befassen haben. Die Jugendreferenten bei den Parteiverbänden sind die ausführenden Organe der gefaßten Beschlüsse und arbeiten wie alle anderen Referenten nach den Anweisungen ihrer Vorstände. Die Erkenntnis, daß unsere älteren Parteifreunde nicht so viel Zeit und auch manchmal nicht genügend Verständnis für die Belange der Jugend aufbringen, machte es notwendig, daß in die Vorstände besondere Vertreter der Jugend gewählt wurden. Damit ist den jugendlichen Parteifreunden dann eine schöne Gelegenheit gegeben, ihre Ansichten im

Vorstand selbst zur Geltung zu bringen und für ihre Verwirklichung zu sorgen. Andernfalls kann festgestellt werden, daß gerade diese jungen Funktionäre zu der Aktivierung der Vorstandsarbeit erheblich beizutragen vermögen. Um aber aus den unteren Verbänden möglichst viele Anregungen auf diesem Gebiete zusammenzubringen und die Jugendarbeit der einzelnen Gruppen möglichst zu koordinieren, wurden die Jugendausschüsse gebildet. Ihre Arbeit wird am besten dadurch anerkannt, daß trotz der bestehenden Schwierigkeiten diese Ausschüsse bis zu den Kreis- und Stadtverbänden eine lebhaftige Tätigkeit entwickeln.

Bevor ich auf besondere Probleme unserer Jugendarbeit eingehe, möchte ich zunächst die außerparteiliche Betätigung unserer jugendlichen Mitarbeiter betrachten.

Zu unserer Stellung den Jugendorganisationen der Zone und Berlins gegenüber muß zuerst der liberale Standpunkt ohne Rücksicht auf die zeitlichen Verhältnisse ausgesprochen werden. Liberal bedeutet auch hier Freizügigkeit und eine liberale Partei müßte infolgedessen auch für ein freies Jugendleben und für die freie Entwicklung voneinander unabhängiger Jugendorganisationen eintreten. Diese müßten in der Lage sein, den Eigenarten jugendlichen Lebens Rechnung zu tragen und in gegenseitigem Wettbewerb Ansporn zur Höchstleistung zu geben. Wie die Verhältnisse in der Ostzone zu einer Zusammenfassung der politischen Kräfte in der Blockpolitik geführt haben, so ging nach dem Zusammenbruch auch in der Jugend die Neigung dahin, alles Trennende beiseite zu lassen und den Versuch der Zusammenfassung aller jugendlichen Kräfte in einer Organisation zu machen. Für uns müßte die Grundforderung bei einer solchen Einrichtung unbedingte Überparteilichkeit sein. Unter diesem Gesichtspunkt fand sich die LDP mit der getroffenen Lösung, die Freie Deutsche Jugend als einzige Jugendorganisation in der Ostzone anzuerkennen, ab. Wir waren uns von Anfang an darüber klar, daß der Gedanke einer Einheitsbewegung die Gefahr politisch einseitiger Ausrichtung mit sich bringen würde. Wenn einzelne Jugendorganisationen die Gefahr des politischen Mißbrauchs durch bestimmte Parteirichtungen in sich tragen, so könnte eine derartige Entwicklung einer Einheitsbewegung Folgen mit sich bringen, die von uns nicht zu vertreten sind. Von Anfang an wurde deshalb von uns immer wieder an die Überparteilichkeit erinnert und da, wo sie aus dem Egoismus einer bestimmten Weltanschauung heraus außer acht gelassen wurde, kam es dann auch stets zu Differenzen. Die Entwicklung in Berlin war einen anderen Weg gegangen und hatte bald zur Zulassung mehrerer Jugendverbände geführt. Die Vergleichsmöglichkeiten für ihre Leistungen gegenüber denen der FDJ in der Ostzone sind wegen der verschiedenen Verhältnisse ungünstig. Man kann aber nicht feststellen, daß die Berliner Lösung größere Erfolge gezeitigt hätte.

In diesem Zusammenhang wäre noch einiges über die Bedeutung von Jugendorganisationen zu sagen. Der Beginn der Entwicklung deutscher

Jugendorganisationen liegt bei Ende der Befreiungskriege in der Gründung deutscher Burschenschaften. Sie kämpften in jener Zeit mit allen freiheitlich gesinnten Deutschen und fanden ihre Bewährung im Revolutionsjahr 1848. Erst mit Ausgang des 19. Jahrhunderts kam mit der Gründung der Wandervögel eine Jugendorganisation bürgerlicher Art auf, die im Drang nach fortschrittlicher Entwicklung sich bewußt in eine Oppositionsstellung zur älteren Generation setzte. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildeten sich die Pfadfinder nach englischem Muster. Auch sie waren politisch nicht gebunden, standen aber auf dem Boden des damaligen Systems. Unter Führung katholischer Geistlicher bildete sich 1910 die Organisation „Quickborn“. Weitere kleinere Verbände folgten. Nach dem Weltkrieg schlossen sich Pfadfinder und Wandervögel zur Bündischen Jugend zusammen. Um 1910 liegen auch die ersten Ansätze der Arbeiterjugendbewegung, die sich bis zur Machtübernahme durch Hitler weiter entwickelten.

Die LDP lehnt die Bildung von Partei-Jugendorganisationen grundsätzlich ab, weil sie erfahrungsgemäß in den Kampf der politischen Anschauungen hineingezogen werden und nur eine Steigerung der politischen Leidenschaften mit sich bringen. Die Jugend neigt stets zu einer radikaleren Denkungsweise und läßt sich auch leicht zu unverantwortlicher Tat hinreißen. Zweck einer Jugendorganisation muß im Gegenteil sein, eine Veredlung der wirkenden Kräfte anzustreben und die jugendliche Phantasie auf den Boden klarer politischer Beurteilung zu lenken.

Man kann die Jugend dazu bringen, Schlagworte und politische Phrasen auswendig zu lernen; aber wenn ein Volk den Weg zu einer freien Demokratie erstrebt, bilden solche Persönlichkeiten nur eine Gefahr, da sie ohne eigene Überlegung bereit sind, irgendwelchen Schönsprechern nachzulaufen. Wir erleben diese Art von Politikern oftmals in unseren Diskussionen. Mit jugendlichen Marxisten, die ohne Verständnis für den tiefen Sinn ihrer Weltanschauung eine eingelernte Dogmatik von sich geben. Es ist immer wieder erfreulich, wenn wir dagegen aus den Kreisen unserer Partei von jungen Menschen, die oftmals keinerlei politische Schulung genossen haben, Dinge aussprechen hören, die von tiefem Empfinden und innerer Überzeugung getragen sind. Sie sind deshalb auch ohne weiteres in ihrer Wirkung den Vertretern anderer Weltanschauungen überlegen.

Unser Verhältnis zur Freien Deutschen Jugend wurde in letzter Zeit mehrfach getrübt durch Probleme, in denen wir grundsätzlich anderer Auffassung sind. Seit längerer Zeit war dies die Frage der Herabsetzung des Wahlalters, die von uns, aus der Überlegung heraus, daß das Wahlrecht politisch unreifen oder leicht zu beeinflussenden Persönlichkeiten nicht gegeben werden soll, verneint wurde. Die neue Organisation des Sportes, für die gerade aus unserem Kreise so viele wertvolle Anregungen kamen, wurde in einer Art vorgenommen, die unseren Auffassungen zumindest fremd ist. Die Übergabe der neuen Sportbewegung in die Hände

der FDJ und des FDGB beseitigt zwar die Gefahr militaristischer oder faschistischer Betätigung, sie kann aber die Entwicklung des Sportes nicht so fördern, wie wir es uns mit der Bildung freier Sportvereine vorgestellt haben.

War schon unsere Zustimmung zu einer jugendlichen Einheitsbewegung mit Zurückhaltung gegeben worden, so mußten wir sie bei der Ausdehnung dieser Organisation auf Kinder bis zu 6 Jahren versagen. Die organisatorische Erfassung von Kindern zum Zwecke der Eingewöhnung in eine bestimmte Denkungsart lehnen wir ab. Man darf den Kindern die politische Entscheidung nicht vorwegnehmen oder sie auf eine bestimmte Richtung hin leiten, sondern die Erfahrung des Lebens erst kann eine politische Entscheidung herbeiführen.

Sowohl in der FDJ als auch in der Kindervereinigung wird die materialistische Weltanschauung bevorzugt. Wir müssen uns dagegen wehren, daß sie als Grundlage des Marxismus allein bei der Erziehung der Jugend zur Geltung kommt.

Die LDP hat zu verschiedenen Problemen der Jugend gerade in der letzten Zeit Stellung genommen, so daß ich sie zweckmäßigerweise wenigstens kurz hier erwähne. Wir sind der Auffassung, daß Jugendliche, die eine ordentliche Schule und Berufsausbildung hinter sich gebracht haben, am besten die Voraussetzungen für einen späteren ordentlichen Staatsbürger mitbringen. Verwahrlosung der Jugend würde eine Belastung für die Zukunft unseres Volkes sein, da aus ihr die Anfänge krimineller und asozialer Verirrungen herzuleiten sind. Die LDP hat sich daher für eine Verbesserung der Berufsausbildung, insbesondere des Prüfungswesens und der Berufsschule eingesetzt, wobei wir die Einrichtung von Werkberufsschulen zwar als Mittel der Förderung, aber nicht als einziges Mittel ansehen. Auch die Ablehnung der Gelegenheitsarbeit für Jugendliche kommt aus dieser Auffassung. Die Beseitigung jugendlicher Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Fragen in diesem Zusammenhang und besonders die Leiter von Privatbetrieben, die so zahlreich in unserer Partei vertreten sind, müssen immer wieder auf die Notwendigkeit einer vermehrten Einstellung von Lehrlingen hingewiesen werden. Die Jugendlichen, die eine Lehrstelle nicht sogleich erhalten können, wären nach unserer Auffassung in allgemein bildende Berufsschulen unterzubringen.

Die Frage des Nachwuchses der Hochschulen hat bereits zu Auseinandersetzungen zwischen der Zentralverwaltung für Volksbildung und der LDP geführt. Einseitige Bevorzugung von Arbeiter- und Bauernstudenten findet unsere Billigung nicht, da wir nicht eine Umkehrung des alten Bildungsprivilegs wünschen, sondern auch hier das Prinzip der besten Leistung angewandt wissen wollen.

In der Verwaltung wurden die Jugendämter neu organisiert und durch die Schaffung von Jugendbeiräten und Jugendkommissionen in den Gemeinden auf eine breitere Basis gestellt; zwar sind in diesen Kommissio-

nen die Parteien nicht vertreten, aber auf Grund der Abmachungen der Blockpolitik müßte es selbstverständlich sein, daß auch die LDP im Verhältnis ihrer Stärke bei der Besetzung der Jugendämter beteiligt sein müßte; denn hierbei geht es nicht darum allein, uns einen Anteil an dem Einfluß auf die Jugend zu sichern, sondern vielmehr darum, die Kräfte der LDP mit für die Verbesserung der Lage der jüngeren Generation sinnvoll einzubauen. Zwar sind im allgemeinen diese Jugendämter nicht allein mit Jugendlichen besetzt, und wir halten das auch für richtig, denn es geht nicht nur um jugendliche Interessenvertretung hierbei, sondern vor allem auch um die Fürsorge für die Jugend, an der alle Kräfte beteiligt sein sollen. Die LDP wird sich in verstärktem Maße um die Tätigkeit der Jugendämter kümmern müssen, obwohl ihr von der verantwortlichen Dienststelle diese Aufgabe nicht gerade leicht gemacht wird.

In diesem Zusammenhang muß besonders noch eine Frage behandelt werden, die in vielen Fällen störend auf die Arbeit der Jugend innerhalb der Partei gewirkt hat. Sie steht in engster Beziehung zu der weltpolitischen Situation, die auf alle politisch denkenden Menschen selbstverständlich nicht ohne Eindruck bleiben kann.

Die Gründe, die zur Trennung der Schwennicke-Gruppe von dem Zonenverband der LDP führten, sind bekannt und jeder einsichtige Politiker ist davon überzeugt, daß die Politik aggressiver Angriffe gegen die herrschende Besatzungsmacht nicht im Interesse unseres Volkes liegen kann; dennoch bleibt die Haltung des Schwennicke-Verbandes nicht ohne Wirkung auf die Parteifreunde in der Zone. Für verantwortungslose Politiker ist es vielleicht eine Genugtuung, die Besatzungsmacht mit den Schwierigkeiten unserer Zeit, deren Ursachen wir doch so genau kennen, zu belasten und mit Angreifen auf ihre Politik billige Propagandaerfolge zu erzielen. Wir, die wir alles daran setzen, aus den Trümmern des Zusammenbruchs wieder einen Staat der Ordnung zu bauen, können selbstverständlich nicht erfolgreich arbeiten in einer Kampfstellung gegen die Besatzungsmacht. Andererseits wird jeder verstehen, daß die sowjetische Militäradministration eine Verbindung zu den offenbar unter dem Einfluß der westlichen Besatzungsmächte stehenden Berliner Gruppen in der politischen Krise eine unfreundliche Haltung gegen sich erblicken wird. Aus dieser Tatsache erklärt sich auch, daß in Fällen, wo eine Verbindung von Parteifreunden zu der Schwennicke-Gruppe oder ähnlichen Berliner Organen festgestellt wurde, scharfe Maßnahmen hiergegen angewendet wurden. Bei jeder Verbindung zu diesen Organen wird selbstverständlich der Verdacht illegaler Arbeit gegen die sowjetische Besatzungsmacht nicht zu entkräften sein. Wir können deshalb besonders unseren jugendlichen Parteifreunden nur raten, in klarer Erkenntnis der politischen Situation sich an die vom Zentralvorstand gefaßten Beschlüsse zu halten. Ein organisches Zusammenwirken der jugendlichen Kräfte mit der älteren Generation innerhalb der Partei ist für die Verbreitung unserer liberalen Idee not-

wendig. Sie ist auch erforderlich für die Gewinnung jugendlicher Mitglieder. Wir müssen daran denken, daß unsere Partei jung bleiben muß, wie auch der Liberalismus selbst immer jung gewesen ist. Unsere Arbeit in den Jugendorganisationen und unsere Mitwirkung in den Organen der Behörden wird neben der Sorge und Hilfe für die Jugend verhindern müssen, daß die deutsche Jugend in einer bestimmten politischen Richtung erzogen wird. Wir wissen, daß sich Weltanschauungen verschiedener Auffassung hier auseinandersetzen. Wir haben unser Teil an dieser Auseinandersetzung zu übernehmen. Wir wollen dazu beitragen, daß die Jugend im Geiste der Freiheit und der abendländischen Kultur aufwachsen kann. Gerade die Jugend wird nach neuen Wegen suchen müssen, und es wird nicht nur darauf ankommen, ihr das nötige Wissen zugänglich zu machen, sondern sie dazu zu bringen, dieses zu begreifen und in den großen Zusammenhängen zu verstehen. Wir werden unseren Teil daran übernehmen, weil wir wissen, daß unser Volk nur leben kann, wenn es wirklich frei ist. Wir wollen im besten Sinne des Wortes wieder Menschen werden und anerkennen, daß auch unsere Mitbürger solche sind, und unter der Fahne der Freiheit wird die deutsche Jugend mit Begeisterung an unserer Arbeit mithelfen.

Dokument 4

Schreiben Wolfgang Schollwer (Jugendreferent beim Landesverband Brandenburg der LDP) vom 1.3.1949 an die Jugendreferate der Kreisverbände zur Neuorganisation der Jugendarbeit (AdL 6947-3, S. 545 f.).

Betrifft: Mitarbeit der Jugend in der Partei

Bezug: Schreiben der Parteileitung vom 17.2.1949;

Der Jugendausschuß bei der Parteileitung hat sich in seiner Sitzung am 20.1.1949 mit der Frage einer verstärkten und verantwortungsvolleren Mitarbeit der Jugend innerhalb der Partei befaßt. Nach den Ausführungen des geschäftsführenden Vorstandsmitgliedes Dr. Hamann wurde Übereinstimmung darin erzielt, daß für die Tätigkeit der jugendlichen Parteifreunde neue Wege gesucht werden müssen. Mit der genauen Ausarbeitung wurde eine Kommission beauftragt, deren Vorschlag am 14.2. vom zentralen Parteivorstand in der nachstehenden Form bestätigt wurde. Der Frauenausschuß hatte sich dieser Regelung angeschlossen.

- 1) Die weiblichen und jugendlichen Funktionäre sind in verstärktem Maße an der verantwortlichen Tätigkeit der Partei zu beteiligen.
- 2) Die zuständigen Ämter aller Parteigliederungen sind mit Frauen und Jugendlichen im Verhältnis ihres Anteils an der Mitgliederzahl zu besetzen. Das gleiche gilt für die Bildung der Ausschüsse und die Auswahl der Abgeordneten für die Parlamente.

- 3) Bei Parteitag und Delegierten-Versammlungen ist künftig eine Beteiligung von Frauen und Jugendlichen im Verhältnis ihres Anteils an der Mitgliederzahl sicherzustellen.
- 4) Die bisherigen Organe der Frauen- und Jugendarbeit kommen in Fortfall.
- 5) Mit der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Aufgaben der Frauen- und Jugendbeiräte werden Mitarbeiter hauptamtlich oder ehrenamtlich bei den Parteigliederungen beauftragt.
- 6) Bei allen Verbänden der Partei sind Frauen- und Jugendbeiräte zu bilden, die durch den zuständigen Vorstand berufen werden. Sie setzen sich satzungsgemäß zusammen.
- 7) Der bisherige Unterausschuß für Studentenfragen wird als Ausschuß für Studenten- und Hochschulfragen umgebildet. Die Vorsitzenden dieser Ausschüsse werden in die Jugendbeiräte aufgenommen.
- 8) Entsprechende Änderungsvorschläge für Satzung und Geschäftsordnung werden dem Parteitag vorgelegt.
- 9) Die Verbände der Partei werden verpflichtet, alle aus der Umstellung der Frauen- und Jugendarbeit frei werdenden hauptamtlichen Kräfte im Rahmen der allgemeinen Parteiarbeit weiter zu beschäftigen.

Die Umstellung der Jugendarbeit wird nach Annahme der Satzungsänderungen erfolgen. Es ist aber jetzt schon dafür Sorge zu tragen, daß jugendliche Parteifreunde in ausreichender Zahl für die Fachausschüsse ausgewählt werden, damit bei der Bildung der Ausschüsse entsprechend geeignete Jugendliche zur Verfügung stehen.

LDP, Nationale Front und Gründung der DDR

Dokument 5

Landesverband Brandenburg der LDP: Rundschreiben vom 7. Juni 1949 (AdL 6947-3, S. 734-740).

Arbeit in den Parlamenten

Erfahrungen und Vorschläge zur Aktivierung

In der Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der Zonen-LDP im Mai berichtete der Leiter des Parlamentarischen Sekretariats, Herr von Koerber, über Erfahrungen und Möglichkeiten parlamentarischer Arbeit. In seinem Bericht führte Herr v. Koerber aus:

Wir haben seit unserer letzten Sitzung eine längere Pause gemacht, hervorgerufen durch den Parteitag und die Neuorganisation unserer Parteileitung, sowie die Neugestaltung unserer Politik. Weiterhin wollten wir uns

erst einmal das ganze Material, das sich inzwischen angesammelt hatte, vor Augen führen, bevor wir eine neue Sitzung einberufen. Wir haben die vergangene Zeit dazu benutzt, um diese Sitzung so vorzubereiten, wie es uns notwendig erschien, damit ein positiver Verlauf gewährleistet ist. Wir wollen hier grundsätzlich die Frage aufrollen, wie wir künftig in den Parlamenten der Zone, der DWK, im Volksrat usw. arbeiten wollen. In bezug auf die DWK haben wir schon gewisse Erfahrungen gemacht und hierbei z. T. auch Erfolge zu verzeichnen. – Sie wissen alle als Politiker unserer Zone, daß die Arbeit unserer Landtage immer mehr an Intensität verloren hat und ihre Stellung stark eingeschränkt worden ist.

Die Frage ist nun, welche Erscheinungen zu dieser Einschränkung geführt haben. Es sind zwei Entwicklungen, die hierfür maßgebend gewesen sind: Zum ersten ist es die Entwicklung zum Zentralismus. Auch dieser ist nicht durch Änderung von Verfassungsbestimmungen oder Gesetzen eingetreten, sondern durch die politischen Tatsachen vorwärts getrieben worden: Einmal wirkt dabei die Tatsache mit, daß die Befehle der Besatzungsmacht für alle Länder verbindlich sind, und zum anderen spielt hier auch der Einfluß der SED mit ihrem immer mehr einheitlich ausgerichteten Funktionärskörper eine Rolle. Eine weitere Tatsache liegt wohl in der Aufspaltung der Zone in zu kleine Länder. Im Flusse dieser Bewegung ist dann die DWK gebildet worden, und die Zentralverwaltungen haben ihre Arbeit immer mehr zentralistisch gestaltet. Eine Abgrenzung zwischen Zentrale und Länder ist bisher nicht erfolgt. Besonders in unserer LDP tauchen immer wieder Bestrebungen auf, die Grenzen klar abzustecken. Wir sind allerdings der Ansicht, daß die Unklarheit über diese Lage kein besonderes Unglück ist und daß man nicht darauf drängen soll, hier durch Gesetze, Verordnungen etc. etwas abzuändern.

Eine zweite, noch ältere Entwicklungslinie hat eine Durchlöcherung der parlamentarischen Demokratie herbeigeführt, und das Schwergewicht der parlamentarischen Arbeit wurde auf die Massenorganisationen, insbesondere auf den FDGB verlagert. Auf der kommunalen Ebene hat sich das kürzlich in der KWV und der Organisation der KWU ausgewirkt. Auch die Volkskontrolle und die Volksausschüsse sind Einschränkungen der Stellung der Landtage als der letzten und höchsten Willensträger des Volkes. Der Willensausdruck und die Mitarbeit des Volkes verlegt sich in unserer Zone immer mehr in andere Institutionen. Hierdurch ist auch die Autorität der Regierungen außerordentlich gewachsen. Heute steht die Regierung den Parlamenten fast vollkommen unabhängig gegenüber, übt die Geschäfte aus, ohne daß der Landtag einen wesentlichen Einfluß auf die Dinge nehmen könnte. Damit ist der Einfluß des Landtages auf die Exekutive in den Ländern auf ein Minimum herabgesunken. Bezeichnend sind die verschiedenen Versuche, auf die Personalpolitik Einfluß zu gewinnen, die bei den sogenannten bürgerlichen Parteien immer wieder scheiterten. Einfluß besteht nur noch auf die Legislative; aber auch die Be-

teilung am Gesetzgebungswerk wird ständig durch die erhöhte Bedeutung der DWK eingeschränkt. Hinsichtlich der Exekutive wird nur noch versucht, der Regierung einzelne Anregungen zu geben, bzw. eine Kontrolle ihrer Tätigkeit auszuüben. Aber auch diese Kontrolltätigkeit stößt auf große Schwierigkeiten. Sie wird zudem durch neue Institutionen wie die Volkskontrollausschüsse eingeschränkt. Das Schwergewicht unserer ganzen staatlichen Struktur verlagert sich also von den Länderparlamenten weg, einmal auf die zentralen Instanzen, zum anderen auf die nicht-parlamentarischen demokratischen Institutionen.

Wenn man also davon ausgeht, daß die Länderparlamente einen großen Teil ihrer Bedeutung eingebüßt haben, so muß man sich fragen, was sich eigentlich überhaupt noch in den Landtagen abspielt. Es handelt sich zunächst in jedem Land um vorwiegend rein ländermäßige Angelegenheiten, die aus dem besonderen Erfordernis des Landes hervorgehen, wie Gesetze über Umgemeindungen, Zurückziehung von früher erlassenen Gesetzen, die der zonalen Ausrichtung widersprechen. Weiterhin werden Gesetzesvorlagen beraten, die von den zentralen Berliner Stellen ausgehen und nach und nach allen Länderparlamenten zur Annahme durch die Landesregierungen vorgelegt werden. Sie sind meist sachlicher Art und beziehen sich auf Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Aufbaues, z. B. Gesetz über den Brandschutz, Gesetz über die Errichtung von Gemeindestationen, Gesetz über die Schöffen und Geschworenen etc.

Es ist nun angebracht, hier einmal die Frage zu stellen, wie die Arbeit der Parteien in den einzelnen Landtagen erfolgt. Die Atmosphäre in den einzelnen Landtagen, sowie die Machtverhältnisse sind je nach der Stärke der Parteien zueinander natürlich verschieden. Trotzdem lassen sich gewisse Gemeinsamkeiten herauslesen. Gegen die Entwicklung der DWK machten sich verschiedentlich erhebliche Widerstände bemerkbar, z.B. aus Sachsen-Anhalt, wo dieser Protest sehr scharf formuliert worden ist. Ebenso hat ein Antrag in Sachsen versucht, den Landtag als Kontrollinstanz zwischen DWK und Regierung einzuschalten. Schon hieraus lassen sich gewisse Schlußfolgerungen für unsere Arbeit ziehen. Die Proteste gegen die zentralistische Ausweitung im allgemeinen und gegen die DWK im besonderen sind nicht nur unpraktisch und unrealistisch, sondern einfach unmöglich. Bedenken, die in den einzelnen Ländern auftauchen, müssen möglichst frühzeitig an der zentralen Stelle in Berlin geklärt werden. Aus diesem Grunde hat beispielsweise Sachsen und Sachsen-Anhalt eine Reihe von Vorlagen der Fraktion der DWK-Arbeitsgemeinschaft überwiesen. Ich glaube, daß diese Zusammenarbeit systematisch ausgebaut und zu einer ständigen Einrichtung werden muß.

Viele Anträge und Anfragen der Partei befassen sich in allen Landtagen mit dem Versuch, die Kontrolltätigkeit des Landtages gegenüber der Regierung aufrechtzuerhalten oder auszuweiten. So wurde z. B. in Thüringen eine Berichterstattung über die landeseigenen Betriebe und weiterhin ein

Geschäftsbericht der Sozialversicherungsanstalt gefordert. Sachsen-Anhalt stellte eine Anfrage betreffs Entlassungen von Polizeiangehörigen und Brandenburg ebenfalls eine große Anfrage, in der genaue Angaben über die Landespolizei gefordert wurden. Die überwiegende Mehrzahl dieser Anträge und Anfragen mit ihrer Tendenz zur Ausweitung der Kontrolle stieß auf Widerstand der Regierungen, die darin einen Eingriff in ihre Tätigkeit, aber auch auf den Widerstand der SED, die darin einen Eingriff in ihre Machtstellung sah. Einen glücklichen Weg hat allein Mecklenburg eingeschlagen: Dort wurde ein Antrag eingereicht, der die Bitte enthielt, einen Landtagsausschuß zur Erfüllung des Befehls 209 einzusetzen. Hierzu hat die Regierung sich auch durchaus bereit erklärt. Mit dieser Methode ist eine Möglichkeit aufgezeigt, auf positive Weise die Kontrolltätigkeit der Landtage zu erhöhen.

Einen sehr wesentlichen Umfang, nicht nur bei der LDP, haben die Anträge, die ich unter der Bezeichnung Propagandaanträge und Anfragen zusammenfassen möchte; sie bewegen sich im wesentlichen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, z.B. Hilfe für Altpensionäre, Heimkehrer, werdende Mütter, Arznei- und Verbandsmittelversorgung, Schulgeldfreiheit, Ruhegehälter, Rechte der Versicherten, Belieferung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Berufskleidung für Jugendliche usw. usw. Weiterhin wurden Anträge gegen die sozialökonomische Verschiebung gestellt. Bestimmte Anträge richteten sich gegen solche wirtschaftlichen Maßnahmen innerhalb der einzelnen Länder, die einzelne unabhängige Wirtschaftsgruppen auszuschalten versuchen, hierbei vor allem Anträge gegen die Zurückdrängung des Groß- und Einzelhandels. Weiterhin wurden von Thüringen Anfragen über die Konsumvereine gestellt. Sachsen-Anhalt brachte den Entwurf eines Handelskammergesetzes heraus, und hier tobte auch ein besonders heftiger Kampf gegen das Kinogesetz. In Sachsen wurde eine Anfrage über die Beeinträchtigung des Handels gestellt. Das sind nur einzelne Beispiele für diese ganze Richtung.

Im großen und ganzen sind die vier ersten Kategorien von Anträgen und Anfragen – nämlich der Protest gegen den Zentralismus; die Versuche, die Kontrolle des Landtags zu erweitern; die Einzelschlüsse, um wenigstens in Nebensächlichkeiten in die Exekutive der Regierungen einzugreifen; schließlich der Protest gegen die sozialökonomischen Maßnahmen – völlig unbefriedigend. Sie enthalten viel Negation und Kritik, ein Entgegenstemmen gegen die Entwicklung bedeutet keine entscheidende Mitarbeit am wirtschaftlichen Aufbau.

An letzter Stelle stehen schließlich Anträge und Anfragen, die sich mit dem wirtschaftlichen Aufbau beschäftigen. Sie sind verhältnismäßig gering an der Zahl. Zu nennen sind hier vor allem die landwirtschaftlichen Anträge in Thüringen, die bestimmte praktische Aufbaumaßnahmen forderten.

Bei der CDU sind grundsätzlich ähnliche Verhältnisse vorhanden, wie

bei der LDP. Auch hier wurde versucht, den verengten Kreis, der dem Landtag und den Fraktionen gezogen ist, zu durchbrechen. Leider ohne Erfolg.

Bei der SED sind die Verhältnisse anders gelagert. Aber es ist keineswegs so, daß hier, im Gegensatz zu den sogenannten bürgerlichen Parteien, eine entscheidende Initiative herrscht. Auch die SED überläßt den Regierungsstellen und der Verwaltungsbürokratie, die freilich von ihren Kräften weitgehend durchsetzt ist, das Feld. Man hat den Eindruck, als ob der Parlamentarismus keinen Boden für die politische Arbeit der SED darstellt.

Die entscheidende Frage ist nun für uns: Was können wir angesichts dieser Entwicklung tun? Wie können wir bei dieser eingeeengten Tätigkeit der Landtage und der einzelnen LDP-Fraktionen eine politische Aktivität entfalten? Wir dürfen nicht Mitläufer oder Nachläufer sein, so sagte einmal Dr. Schiffer in einer Sitzung der Parl. Arb. Gem., und er hat sodann die Schwierigkeiten und Aufgaben der Parl. Arb. präzise zusammengefaßt, indem er ausführte: Bei der komplizierten Art, in der unser jetziges Verfassungsleben sich abspielt, ist es notwendig, unsererseits alle Kräfte anzuspannen. Ein abgestimmtes Zusammenwirken aller Faktoren auf den Gebieten, auf denen wir praktisch arbeiten können, der DWK, der Landtage, des Blocks, des Dt. Volksrates usw. ist notwendig. Hierbei soll das Parl. Sekretariat die Leitstelle sein, bei der arbeitsmäßig die Verbindungslinien zusammenlaufen. Dies zunächst zur technischen Klärung.

Ferner ist eine gewisse grundsätzliche Klärung nötig. Das Parl. Sekretariat hat in einer großen Vorlage für Herrn Professor Dr. Kastner und Herrn Dr. Hamann eine politische Bereinigung gewisser prinzipieller Fragen gefordert:

- a) Ausdehnung des politischen Burgfriedens auf wirtschaftliche Maßnahmen, die sich gegen Privatindustrie, das Handwerk usw. erstrecken.
- b) Besondere wirtschaftliche Berücksichtigung derjenigen gesellschaftlichen Gruppen, deren Schutz und Förderung im Rahmen einer fortschrittlichen Entwicklung noch möglich ist.
- c) Schwergewichtsverlagerung der wirtschaftspolitischen Arbeit der Partei auf rein wirtschaftliche Maßnahmen und eine Beteiligung am wirtschaftlichen Aufbau.

Damit soll sich die Partei auf gewisse Grundlinien ihrer praktischen Arbeit festlegen. Im Rahmen dieser praktischen Arbeit müssen die Landtagsfraktionen gewisse Aufgabenstellungen erhalten, um zu dem Erreichen bestimmter Ziele beizutragen. Es muß den Fraktionen klar sein, daß sie ihre Arbeit nicht allein aus dem engen Bereich des Landtags sehen dürfen, sondern von den Gesamtaufgaben der Partei, von der Einstellung der Partei zu den großen Aufgaben und der Entwicklung der Zone ... Wenn wir also entschlossen sind, beispielsweise eine Förderung des Handwerks oder des Genossenschaftswesens durchzusetzen, so müssen wir uns hier in der Zen-

trale, im Zusammenwirken mit der Parl. Arb. Gem. darüber einigen, welche Anträge und Anfragen die Fraktionen in ihren Landtagen einbringen müssen, während zugleich die DWK-Arb. Gem. im Plenum in der gleichen Richtung vorgeht. Wenn wir nun so alles gegenseitig abstimmen, dann werden wir auch noch weitere Aufgaben für unsere Landtagsfraktionen finden; denn es liegt ja auch im Interesse der Partei, daß die augenblickliche Situation eine Änderung erfährt. Es muß eine gemeinsame Arbeit nach bestimmten politischen Richtlinien erfolgen. Es ist ja jetzt so, daß die Landesregierungen der Arm der DWK in den Ländern sind, mit dem die Maßnahmen der DWK im Bereich der Länder durchgeführt werden. Bis jetzt sind die Landtage weitgehend ausgeschaltet, weil sie in dieser direkten Zusammenarbeit nur als hinderliches Zwischenglied angesehen werden. Dies ist eine Folge der verfassungsrechtlichen Unklarheit in den Beziehungen zwischen Ländern und Zone. Trotzdem ist hier eine Kontrolle durch Anfragen und Anträge und damit ein Einwirken auf eine uns erwünschte Linie der Durchführung der DWK-Maßnahmen möglich. Allerdings Voraussetzung ist hier, wie überall: Positive Einstellung! Man kann nun so vorgehen, wie es in Sachsen und Sachsen-Anhalt schon geschehen ist. Es wurde ein Antrag mit folgendem Anfang formuliert: Die Landesregierung möge bei der DWK hinwirken ... So ist ein CDU-Antrag auf Erhöhung der Zuckerrationen für Kinder schließlich von der DWK für die gesamte Zone durchgeführt worden.

Wir wollen von hieraus nun versuchen, in Zusammenarbeit mit der DWK auf die noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen betr. Neuregelung des Erfassungsproblems Einfluß zu gewinnen. Weiterhin hatten wir neulich eine Besprechung in der DWK in bezug auf das Exportwesen, das für uns ja auch von großem Interesse ist. – Das Parl. Sekretariat und die Parl. Arb. Gem. müssen zu einer gewissen Intensivierung der parlamentarischen Arbeit beitragen.

Dokument 6

Landesverband Brandenburg der LDP: Rundschreiben an Kreisverbände, Landtagsabgeordnete, Ortsgruppen vom 26. Juni 1949 (AdL 6947–3, S. 782–784).

Die Nationale Front

Europa hat einen in der Geschichte ungewöhnlich langen Friedenszustand nach der Einigung der deutschen Stämme im Jahre 1871 erlebt. Gleichzeitig war dies die Voraussetzung und die Epoche größten materiellen Wohlstands für alle Bevölkerungsschichten. Beides ist uns seit 1945 verloren gegangen – Friede sowohl wie Wohlstand. – Unser gesamtes Leben als Volk ist dadurch nicht nur behindert, sondern auch bedroht. Jeder fühlt es täglich; es drückt sich bei jedem verschieden aus. Aber die Ursache aller Unzufriedenheit ist immer dieselbe. – Die Spaltung und die Friedlosigkeit Deutschlands. All unser Tun und Ringen kann nie die Vollendung errei-

chen, welche uns die Geschichte in ihrer Gesetzlichkeit zur Aufgabe gestellt hat: eine einheitliche Nation zu werden.

Im Zeitalter der hochentwickelten Technik, die Raum und Zeit überwindet und die Menschen, die zusammengehören, mehr denn je zu verbinden imstande ist, – ist allein das deutsche Volk scheinbar dazu verurteilt, in einem Zustande nationaler Zerrissenheit zu leben, der ein Hohn, ja ein Verbrechen gegen den Geist der Zeit, die Vernunft, die Moral und das Selbstbestimmungsrecht im Völkerleben darstellt. Jedem Deutschen, uns in der Ostzone, jedem einzelnen ist damit eine hohe und unabweisliche Aufgabe gestellt, an der Wiederherstellung eines Zustandes mitzuschaffen, der ein Symbol herrschender Verblendung unter den Völkern ist. Wir könnten mit den Waffen des Geistes und des Gemütes für die Menschlichkeit, für ihre Kultur und ihre Wirtschaft eine Aufgabe lösen, die unerlässlich für den Frieden der Völker ist.

Das kommende einheitliche friedliche demokratische Deutschland ist die Voraussetzung eines wirklichen Fortschrittes für uns, für Europa und das ganze Zusammenleben unter den Völkern. Es ist uns eine Aufgabe gestellt, bei der wir erweisen können, daß die wertvollen Kräfte unserer Kultur und Wirtschaft noch leben und zum allgemeinen Besten sich entwickeln, wenn Jung und Alt, Männer und Frauen aller Berufsstände entschlossen und in Erkenntnis, daß es sich hier um das Leben jedes Einzelnen seiner Familie, seiner Kinder handelt, dieses Ziel wirklich erstreben, wird es auch sicher erreicht werden. Einige Schritte dazu haben wir schon vorwärts getan:

– durch die Blockpolitik –

die in der großen Frage des Lebens unseres Volkes die Einheit vor die Verschiedenheit stellt;

– durch den Volkskongreß –

der eine gesamte deutsche Vertretung für die nationalen Aufgaben darstellt.

Aber wir wissen heute, daß dies nur Versuche waren. Nun gilt es, aus der Erfahrung zu lernen; das Ziel ist das gleiche:

Einheit Deutschlands und ein deutscher Friede!
Abzug aller Besatzungsmächte!

Die Mittel dazu müssen verstärkt werden. Neue Wege sind notwendig. Jeder muß darüber nachdenken, wie es besser zu machen ist. Eine deutsche Erhebung muß einsetzen, die alle Widerstände hierbei überwindet. Erst wenn wirklich alle eigenen Kräfte unseres Volkes sich für dieses Lebensziel einsetzen, werden die Gegner der deutschen Einheit weichen und nachgeben.

Noch haben Frankreich, England und Amerika ein Interesse an der Teilung Deutschlands; – Frankreich aus Furcht – England aus Handelsneid – Amerika aus imperialistischen Gründen, – und viele Deutsche aus kurz-sichtigen Profitinteressen, aus Gleichgültigkeit oder Unkenntnis.

Das nationale Gesetz unseres völkischen Lebens – Handel und Wandel mit unseren Nachbarn – starker wirtschaftlicher Austausch unserer Qualitätsware mit den Ostvölkern, Aufgeschlossenheit für die moderne, geistige, soziale und kulturelle Entwicklung aufstrebender junger Völker – das alles erfüllt sich nur bei einer Einheit Deutschlands, einem seinen Lebensinteressen entsprechenden Frieden, bei Freiheit von fremden Besatzungstruppen und bei einer Selbständigkeit des Volkes.

Das ist das Ziel der „Nationalen Front“.

Weder eine Partei, noch eine Organisation, weder Beiträge, noch Mitgliedschaft sind dazu nötig – jeder Deutsche ist von Geburt zu dieser Aufgabe berufen. Diese Aufgabe ist eine andere als diejenige der politischen Parteien. Sie behalten ihr eigenes Gebiet und ihre besonderen Aufgaben, – sie hat nichts zu tun mit Wahlen für die Gemeinde oder den Landtag – es ist die denkbar weiteste Form der demokratischen Betätigung aller Deutschen ohne Unterschied. Daraus ergibt sich auch ihre praktische Gestaltung. Vielfach kann ihre Form sein – die Besten sind gerade gut genug, hier ihre Kraft und Einsicht zu beweisen.

Neue und bisher Unbekannte aus allen Schichten der Bevölkerung, aus Parteien, Organisationen und Parteilose, Nichtorganisierte, werden sich als Wortsprecher und Wegführer zur deutschen Aufgabe erweisen. Sucht sie, hilft ihnen – fordert sie, schließt Euch ihnen an! – Macht Vorschläge; sammelt Erfahrungen! Festigt das bisher Erreichte – kommt zusammen, wirkt im Einzelnen und im Ganzen! – Erkennt, daß jeder Berufsstand, jede ehrliche Betätigung in Stadt und Land hierzu beitragen kann. – Vor allem ist die deutsche Jugend hierfür aufgerufen! Alles Trennende tritt zurück vor dieser Aufgabe; jeder soll tatsächlich merken, daß dadurch sein eigenes Leben reicher, sinnvoller und besser wird. – Das verlangt eine neue Gesinnung, ein Beispiel wirklichen deutschen Lebens, dann wird das Wort aus der Reformationszeit von Ulrich von Hutten wahr werden: „Es ist eine Lust zu leben“.

Wir fordern deshalb alle Parteimitglieder und Freunde zur Mitarbeit auf! Jeder vernünftige Schritt in dieser Richtung ist ein Markstein zur Einheit Deutschlands, seiner Freiheit und besseren Zukunft; – macht Vorschläge, – prüft sie selbst, – teilt sie uns mit, – diskutiert sie im engen und weiten Kreis, – ladet alle ein und handelt! –

Das Letztere ist besonders wichtig: Praktische Arbeit! Was wird da zweckmäßig sein? – In engem Kreise wird die Frage diskutiert und geklärt. Dann kann man an größere Versammlungen herangehen. Befähigte Redner – hierzu gleich vorher – erfüllt von Überzeugungskraft und vorbe-

reitet durch die großen Referate führender Männer, die in Presse und Verlautbarungen des Volksrates mitgeteilt sind, sprechen über die Probleme. (Der Landesverband wird auch noch Material dazu liefern). Dabei können alle Fragen vom gesamtdeutschen Standpunkt aus betrachtet werden: Die Wirtschaft, die Kultur, die Kunst, der Verkehr, das Recht, das soziale Leben, Flüchtlingsfragen, Lastenausgleich, die Bodenreform, die Bedeutung der schaffenden Intelligenz, das allgemeine Lohnproblem und Lohnniveau, der Außenhandel, die Verfassungsfragen usw.

Es werden Aufrufe und Resolutionen zur Gesamt- und zu einzelnen Fragen wirkungsvoll sein.

Geeignete Persönlichkeiten verstärken ihre Verbindung mit fortschrittlichen Kräften im Westen durch Gedankenaustausch, durch Briefe und andere Mittel. Hier gibt es noch viele Möglichkeiten, die natürlich geschickt und mit Takt benutzt werden müssen. Kreisverbände, evtl. Landesverband ist davon zu verständigen.

Die Arbeit muß aber in jedem Kreise wirklich energisch und praktisch angefaßt werden. Jede Ortsgruppe muß daran teilnehmen. Große Unterschiede waren hier bisher zu bemerken. Wir bitten die Kreisvorsitzenden um rege Mitarbeit und beispielgebende Betätigung. Austausch innerhalb des Kreises von Erfahrungen und Vorschläge – Mitteilungen an den Landesverband zur Weitergabe an andere Kreise sind auch Mittel der praktischen Arbeit. Jeder Kreis geht nach planmäßiger Überlegung vor; baut auf seinen Erfahrungen auf; Rundbriefe und Rundschreiben gehen an alle Ortsgruppen und auch an Orte, wo wir Freunde haben. Das sind nur Beispiele, die sich vermehren lassen, aber den örtlichen persönlichen und sonstigen Möglichkeiten nur Anregung geben sollen.

Wir bitten, uns Ihre Absichten und Stellungnahmen mitzuteilen, damit wir die Gesamtarbeit dadurch dauernd fördern können.

v. Koerber, Landesverbandsvorsitzender.

Dokument 7

„Entwurf einer LDP-Rede über die Nationale Front.“ Auszug aus den LDP-Informationen Nr. 13/1949, der als Sonderdruck verteilt wurde (AdL 6947–2, S. 548–552).

Entwurf einer LDP-Rede über die Nationale Front

Deutsche Not 1945

Das war die Lage Deutschlands in den schweren Sommermonaten des Jahres 1945: Der Krieg war total verloren. Die militärische Führung des Naziregimes mußte die bedingungslose Kapitulation unterzeichnen. Die feindlichen Heere hatten das gesamte Land besetzt. Ruinen, Gräber, Flüchtlingsströme waren die Zeugnisse eines bis zur Sinnlosigkeit weitergeführten, längst verlorenen Feldzuges. Das deutsche Volk mußte einen

selbst in seiner an schmerzlichen Ereignissen reichen Geschichte Zusammenbruch ohne Vorgang erleben. Das Entscheidende aber war: die deutsche Nation hatte zugleich ihre Souveränität verloren, die in die Hände der Siegerstaaten übergegangen war.

Die LDP meldet sich zur Hilfe

In dem Schatten dieser Niederlage und in den Tagen des allgemeinen Chaos entstand unsere LDP: ihr stand nichts weiter zur Verfügung als der über alle Trümmer sich erhebende unbeugsame Wille, der deutschen Nation ein treuer Helfer zu sein bei dem äußeren Aufbau und der inneren Erneuerung. Um mit dem Gründer der Partei, unserem verstorbenen Vorsitzenden Dr. Wilhelm Külz, zu sprechen: „So war die Gründung der Partei im letzten und tiefsten Grunde ein Bekenntnis zu Deutschland in seiner schwersten Notzeit.“ Und die Partei hat diese übernommene Verpflichtung getreu diesem Grundsatz uneigennützig, sachlich und hingebend erfüllt mit der letzten und höchsten politischen Zielsetzung: die zeitweilig aufgehobene Souveränität wiederzuerlangen durch die Neugestaltung des deutschen Gemeinschaftslebens auf demokratischer Grundlage.

Die Parteien schließen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammen!

Angesichts der großen gemeinsamen Not haben die politischen Parteien unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbständigkeit eine „Einheitsfront“ gegründet – der Aufruf trägt das Datum des 14. Juli 1945 – „um mit vereinten Kräften die großen Aufgaben zu lösen“. In dieser Einheitsfront und Blockpolitik hat wiederum gerade auch die LDP ihre Arbeit selbstlos und gewissenhaft zum Wohle des Vaterlandes getan. „Der Block ist für uns eine Bekenntnisgemeinschaft in den wesentlichen Grundzügen der deutschen Politik; er bedeutet nicht die Beeinträchtigung der Selbständigkeit einer der ihm zugehörenden Parteien; denn eine gemeinsame Aktion des Einheitsblockes kommt nur bei Einstimmigkeit zustande.“

Die Entwicklung verläuft anders

Das war die Entwicklung von jenen bitterschweren Monaten des Zusammenbruches bis an die Schwelle der Gegenwart – sie ist völlig anders verlaufen, als wir alle es erhofft und erstrebt und als es selbst nüchtern urteilende und rechnende Politiker angenommen und erwartet hatten. Die Großmächte hatten trotz ihrer ideologischen Gegensätze den Krieg gegen den Faschismus gemeinsam und geschlossen geführt und siegreich beendet; sie wollten nach Abschluß des Waffenganges durch die Organisation der UN eine internationale Gemeinschaftsarbeit auf den Gebieten des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens herbeiführen. Darüber hinaus sollte jede Besatzungsmacht in ihrer militärischen Besatzungszone die Entmilitarisierung, Denazifizierung und Demokratisierung

in gleicher Weise durchführen. Aber diese Besatzungszonen sollten selbstverständlich Glieder eines einheitlichen deutschen Wirtschaftsgebietes bleiben, und es war schon für das Ende des Jahres 1945 eine deutsche zentrale Regierung vorgesehen, wenn auch nur in den ersten Anfängen und mit den bescheidensten Befugnissen.

Zwei Großmachtsgruppen entstehen

Es ist leider so gekommen, daß die ideologischen Gegensätze zwischen den Großmächten immer stärker und härter geworden sind, so daß sich eine völlig neue Situation entwickelte: auf Veranlassung der Vereinigten Staaten von Amerika ist die internationale Zusammenarbeit der vier Mächte nach dem Kriege immer weiter eingeschränkt und schließlich fast ganz aufgegeben worden, so daß zwei große Machtgruppen einander gegenüberstanden: Amerika mit England und Frankreich auf der einen Seite und der bewußt von diesen dreien isolierte Sowjetstaat auf der anderen Seite – die Welt war in zwei Machtsphären zerlegt und geschieden.

Die Grenze geht mitten durch Deutschland

Deutschland war sehr gegen seinen Willen als besetztes Land in diese internationalen Kämpfe, Auseinandersetzungen und Verschärfungen hineingezogen worden. So kam es, daß die vier Zonen unseres Landes in gleicher Weise immer schärfer und tiefer voneinander getrennt wurden. Dadurch wurde das anfänglich als einheitlich angesehene deutsche Staats- und Wirtschaftsgebiet völlig zerrissen. In jeder Zone wurde die politische und wirtschaftliche und kulturelle Gestaltung durch die Besatzungsmacht nach anderen Gesichtspunkten und Anschauungen entwickelt und geformt, wobei wiederum Amerika darauf hinarbeitete, die drei Westzonen in eine engere Verbindung und in einen Gegensatz zur Ostzone zu bringen. So mußte es Deutschland in jenen vier Jahren in immer stärkerem Maße erleben, wie sein Volk durch diese Entwicklung in die weltpolitischen Auseinandersetzungen und Gruppierungen hineingezogen wurde, daß die Grenze, die die beiden Großmächte trennte, schließlich mitten durch sein Land ging. Das ursprünglich als „vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ gedachte Deutschland zerfiel in Teile, in geschiedene Besatzungszonen. Alle Versuche der Sowjetunion, dieser Zerlegung und Zerteilung Deutschlands entgegenzuarbeiten und entgegenzuwirken, scheiterten an den amerikanischen politischen Absichten und Zielen, die drei Westzonen mit dem westeuropäischen Block immer stärker zu vereinen und sie ihm militärisch einzugliedern.

Die LDP ruft auf zu nationaler Einigung

Die LDP hat diese dem deutschen Volk schädliche und gefährliche Entwicklung mit innerer Besorgnis verfolgt und hat ihre Kraft im Rahmen der

einem besiegten Volk und einem besetzten Lande gegebenen bescheidenen Möglichkeiten eingesetzt, um eine solche Scheidung und Trennung der deutschen Gebiete zu verhüten. In diesem Zusammenhang muß der erste deutsche Versuch auf Schaffung einer gemeinsamen Front aller Deutschen über die Zonengrenzen hinweg gesehen werden, die unsere Parteifreunde Dr. Schiffer und Dr. Külz unternommen haben: das deutsche Volk sollte über alle Gegensätze der politischen Meinungen, der religiösen Anschauungen, der wirtschaftlichen Ziele und Ansichten und vor allem aber über die Scheidelinie der sich verhärtenden Zonengrenzen hinaus zur Einheit gebracht werden. So etwa sahen wir das Ziel dieser Sammel- und Einigungsarbeit: ein einheitliches neues deutsches Staatsgefüge; eine einheitliche deutsche Zentralgewalt in allen lebenswichtigen deutschen Angelegenheiten; Einheit Deutschlands als unerläßliche Voraussetzung einer politischen, wirtschaftlichen, sozial und kulturell gesicherten Zukunft. Diesen ersten weitschauenden Versuchen unserer liberaldemokratischen Parteiführer Schiffer und Külz ist der Erfolg versagt geblieben, sie haben nicht das gesteckte und für notwendig erachtete Ziel erreicht. Sie sind letztlich daran gescheitert, daß sich die SPD Westdeutschlands diesem Bestreben versagte. Es ist anderen Einigungsversuchen, die dann folgten, ähnlich ergangen: dem Plan der CDU, eine nationale Repräsentanz zu schaffen, dem gemeinsamen Treffen der Ministerpräsidenten der Länder aller Zonen in München, den privaten Versuchen, eine von den politischen Parteien unabhängige Einigung herbeizuführen, also damals den Arbeiten der Weber, Geiler, Hübener usw.

Die LDP unterstützt alle Einigungsbemühungen

Die LDP hat grundsätzlich und konsequent jeden Versuch der Verwirklichung einer deutschen Einheitsfront und einer nationalen Vertretung unterstützt, um das Unheil der völligen Zerreißung Deutschlands zu verhüten und durch eigene Kraft abzuwehren. Als dann von der SED der Aufruf zu einem Volkskongreß kam, ist die LDP ihrer Anschauung und der bisher von ihr verfolgten Politik treu geblieben. Sie hätte es damals für richtiger gehalten – und das hat sie auch bei den Beratungen ausgesprochen –, wenn auch dieser Versuch von einer breiteren Grundlage aus unternommen worden wäre; aber sie hat dann selbstverständlich auch hier alle ihre Kraft eingesetzt, die mit dem Volkskongreß eingeleitete Aktion zur Schaffung einer wirklichen überparteilichen Volksbewegung zu unterstützen und zu fördern. Gerade als Vorkämpferin der deutschen Einheit hat die LDP mit ihren 2½ Millionen Wählern alles getan, um der neuen Bewegung des Volkskongresses die möglichst starke Resonanz der Weltöffentlichkeit gegenüber zu sichern, wobei ihr die selbstverständliche Voraussetzung war und ist, daß hier jede einseitige parteipolitische Ausrichtung der Aktion unter allen Umständen vermieden werden müsse. Die LDP hat den beiden Hauptaufgaben, die sich der Volkskongreß gestellt

hatte, ihre volle Zustimmung gegeben und an ihrer Erfüllung tatkräftig mitgearbeitet: Friedensvertrag mit Deutschland und Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, für die in den Abkommen von Jalta und Potsdam, die von den leitenden Staatsmännern der USA, Großbritanniens und der UdSSR im Jahre 1945 geschlossen worden sind, eine feste und sichere Grundlage gegeben war.

Wir haben in diesem Zusammenhang nicht von den einzelnen Arbeiten des Volkskongresses zu sprechen, an denen selbstverständlich auch die Vertreter der LDP maßgeblich beteiligt waren; aber auf eines sei doch auch hier nachdrücklich hingewiesen: auf den Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates, der einen politischen Katechismus der Deutschen unserer Zeit darstellt, der nicht auf irgendwelche Empfehlungen oder gar Anordnungen einer Besatzungsmacht entstanden ist, sondern durch gemeinsame Arbeit der Angehörigen aller Parteien und Organisationen und als weitere Beratungsgrundlage dienen sollte.

Der Volksrat lädt zu gemeinsamer Besprechung ein

Rein äußerlich gesehen, ist allen diesen mit großer Hingabe und in sittlicher Verantwortung geleisteten Bemühungen, eine gemeinsame und geschlossene deutsche Front zusammenzubringen, bisher der volle Erfolg versagt geblieben. Besonders schmerzlich und bedauerlich ist es, daß der Parlamentarische Rat und der Zweizonen-Wirtschaftsrat der Westzonen die Einladung des Deutschen Volksrates aus der Ostzone zu einer gemeinsamen Besprechung abgelehnt haben. Gerade diese Ablehnung aber hat bei uns auch in den Westzonen neue starke Kräfte mobil gemacht, die zu einer Einheit und zur gemeinsamen Beratung drängen und treiben, die für unser Volk den endlichen gerechten Frieden, die nationale Einheit und den Abzug der Besatzungsmächte fordern.

Neue Lage durch die Pariser Konferenz

Die Pariser Konferenz der vier Außenminister unserer Besatzungsmächte hat jetzt eine völlig veränderte und neue Lage geschaffen. Gewiß, sie hat uns nicht das gebracht, worauf wir glauben, vor Gott und der Welt einen gerechten und unabdingbaren Anspruch zu haben. Aber sie hat trotzdem Ergebnisse erzielt, die die Entwicklung in der von uns gewünschten Richtung vorantreiben. Die Konferenz ist nicht wie frühere Besprechungen aufgefliegen und ergebnislos verlaufen: die Tür ist nicht zugeschlagen worden, sondern ist für weitere Beratungen und Verhandlungen geöffnet geblieben. Die Lösung in der Frage eines österreichischen Staatsvertrages bedeutet auch für uns die Aussicht, zum Frieden zu kommen, den das ganze deutsche Volk aus tiefster Seele erwartet und erstrebt. Einige Sätze des Kommuniqués, das die vier Außenminister über die Pariser Besprechung ausgegeben haben, richten sich auch an uns, wenn wir auch noch nicht di-

rekt, sondern nur mittelbar angesprochen werden. So ist in Punkt 4 dieses Kommuniqués die Hinzuziehung deutscher Sachverständiger und Organisationen vorgesehen, der Austausch ihrer Meinungen und die Unterbreitung gemeinsamer Vorschläge an die Besatzungsbehörden. Ebenso enthält Punkt 6 eine EntschlieÙung an die deutschen Wirtschaftsorgane, bei der Erreichung enger wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Zonen und bei der wirksamen Durchführung des Handels und anderer wirtschaftlicher Übereinkommen Hilfe zu leisten. Alle diese Vorschläge sind gemacht worden, um den unhaltbaren Zustand der Wirtschaftsspaltung und der unheilvollen Auswirkungen für die deutsche Gesamtwirtschaft zu beendigen. Grundsätzlich aber ist die bedeutsamste Feststellung: die politischen Staatsmänner der beiden wirklichen Großmächte, also der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, haben auf dieser Konferenz ein Bekenntnis abgelegt, daß auch Menschen und Völker trotz verschiedener Ideologien zu praktischer Arbeit und zu politischer Verhandlung und zu wirtschaftlichen Vereinbarungen miteinander verbunden sein können.

Aus diesen angegebenen Punkten des Kommuniqués der Pariser Konferenz haben wir Deutschen, aber wirklich alle Deutschen, gleichviel welcher Partei- oder Zonenangehörigkeit, sofort und gründlich unsere Folgerungen zu ziehen und die sich daraus ergebende Arbeit zu leisten.

Jetzt muß Verständigung zwischen Ost und West erfolgen

Zum ersten: wenn es bisher und auch noch nicht in Paris gelungen ist, trotz aller Bemühungen des Vertreters der UdSSR zu einer Einigung über die Kernfragen – Friede, Einheit, Abzug der Besatzungstruppen – zu gelangen, so liegt ein Teil der Schuld daran auch an uns Deutschen selbst, nämlich an dem Mangel der inneren Einigung und Geschlossenheit unseres Volkes. Eine erschütternde Tatsache, daß in diesen Zeiten eines nationalen Notstandes die Politiker von Ost und West noch nicht zueinander gefunden haben, daß diejenigen, die sich, wie auch die LDP, mit aller Kraft und Ehrlichkeit für das große Ziel der deutschen Einheit und Einigung einsetzen, in ihren Motiven verdächtigt und herabgesetzt werden! Daß es noch immer Menschen auch bei uns gibt, die aus parteiegoistischen oder wirtschaftsselbstsüchtigen Interessen der Einheit widerstreben und die Spaltung fortsetzen! Die Geister von Osnabrück und Münster melden sich noch immer bei uns in Notzeiten. Wir wollen aber die dunklen Raben der Trennung bei uns nicht länger dulden!

Die Wirtschaftler kommen zusammen

Zum andern: Wenn der zum Wohl Gesamtdeutschlands notwendige Handelsaustausch zwischen Ost und West, auch in unserem Vaterlande selbst, in Fluß kommen und wenn deutsche Vertreter dazu Vorschläge unterbreiten und Anregungen geben sollen, so ist es eine selbstverständliche

Notwendigkeit, daß sich die Menschen von Ost und West über ihre Vorschläge und Pläne aussprechen, beraten und so zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen. Wir sind felsenfest überzeugt, daß die jetzt begonnene Periode der Besprechungen zwischen den Vertretern der Wirtschaft auch weiter Ergebnisse und Erfolge haben wird. Es wäre ein Hohn auf die Einheit Deutschlands und zugleich ein Beweis mangelnden Pflichtgefühls und fehlender Verantwortung für uns alle, wenn vor den Vertretern des Auslandes verschiedene deutsche Stellen verschiedene Vorhaben, Gutachten, Entwürfe und Pläne vertreten würden! Die allgemeine deutsche Aussprache und Einigung muß jeder Besprechung mit den anderen Mächten vorangehen.

Die Nationale Front entsteht

Und deshalb ist vom 3. Deutschen Volkskongreß gerade jetzt die Losung der Nationalen Front ausgegeben worden. Was soll diese Verkündung eines neuen Sammlungsplatzes neben den doch bereits vorhandenen Einrichtungen des Blocks, des Volksrates, des Volkskongresses, der Volksausschüsse für Einheit und gerechten Frieden bedeuten?

Wir erinnern an einen geschichtlichen Vorgang, der sich vor 90 Jahren in Deutschland abgespielt hat. Damals ging es um den Gedanken, aus der Vielheit der Meinungen der zahlreichen Einzelstaaten eine gesamtdeutsche Regelung zu schaffen. Der groß und hoffnungsfroh begonnene Einigungsversuch der Deutschen Nationalversammlung in der Paulskirche 1848 war gescheitert, gewiß auch durch die auf ihrem vermeintlichen Recht beharrenden Einzelstaaten und ihrer Regenten, gewiß auch durch den Widerstand des Auslandes, vor allem aber doch auch an der mangelnden Geschlossenheit des deutschen Volkes selbst: Deutsche Zwietracht hat die Einigung und Einheit verhindert.

Das Vorbild des Deutschen Nationalvereins

Als rund ein Jahrzehnt später diese Einzelstaaten mit durchaus verschiedenen Einzelplänen und Sonderprojekten sich gegenseitig übertrumpfen wollten, da riefen deutsche Männer zur Gründung eines Deutschen Nationalvereins auf, der sich die Aufgabe setzte, „die geistige Arbeit dazu zu übernehmen und die Ziele und Mittel einer über unser Vaterland verbreiteten Bewegung immer klarer im Volksbewußtsein hervortreten zu lassen“. Mit dem gleichen Grundgedanken und mit derselben Absicht beginnt jetzt die Nationale Front ihre Arbeit: alle Menschen, Freunde und Kämpfer für die Einheit Deutschlands, die diesmal mit der Erreichung des Friedens für Deutschland untrennbar verbunden ist, in sich zu vereinigen und diese Gedanken „immer klarer im Volksbewußtsein hervortreten zu lassen“.

„Hier sind wir einig“

Als sich vor mehr als sechs Jahrhunderten die freien Bauern der Schweizer Urkantone auf der Rütliwiese am Vierwaldstätter See versammelten, da gab es zwei unter ihnen, die um ein altes Erbstück miteinander rechteten. Da reichten sie sich in der Notstunde die Hände und sprachen: „Wir sind Feinde vor Gericht; hier sind wir einig.“ Das erste Gesetz, das diese Männer beschlossen, lautete: „Wir sind ein Volk und einig wollen wir handeln.“ Und Schiller gab dann dem neuen Bund die unsterblichen, gerade uns heute tief bewegenden Eidesworte: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern ... Wir wollen frei sein, wie die Väter waren!

Was die Nationale Front bedeutet

Gerade mit diesen Worten und Bildern aus dem „Wilhelm Tell“ ist klar veranschaulicht und ausgedrückt, was wir mit der Nationalen Front der Gegenwart meinen und wollen. Zur Durchführung der höchsten Forderung nach Einheit und Frieden stellen wir alle auch noch so berechtigten Einzelwünsche und Sonderbestrebungen zurück. In diesem Sinne reichen wir uns alle die Hände und schließen die Kette: Frauen und Männer, Alter und Jugend, Ost und West, Unternehmer und Arbeiter, Stadt und Land, Sozialisten und Liberale, Christen und Freigeister, Katholiken und Protestanten, Vertreter des Materialismus und des Idealismus, frühere Mitläufer des Nationalsozialismus und Mitglieder der VVN – und welche Gegensatzgruppen es immer auch in unserem Volke geben mag. Wir stellen alle – aber bestimmt auch alle – diese Unterschiede zeitweilig zurück vor der dringlichen und entscheidenden Aufgabe: durch die gemeinsame Front aller Deutschen die Einheit und den Frieden zu erhalten.

Es gibt selbstverständlich hier und da Bedenken, Fragen und Einwendungen gegen diese neue Bildung einer Nationalen Front. Wir haben die Pflicht, eine klare und feste Antwort darauf zu geben. Zunächst aber einmal: Was heißt und bedeutet Nationale Front? Soll damit etwa wieder die laute Werbetrommel gerührt werden wie einst im Dritten Reich beim totalen Krieg oder wie bei den Männern der sogenannten Vaterlandspartei im ersten Weltkrieg, die uns ins Verderben gestürzt haben?

Was eine Nation ist

Die Antwort darauf: Für uns ist die Nation die Gemeinschaft der Menschen gleicher Sprache, gleicher geschichtlicher Erlebnisse durch Jahrhunderte, gleicher Kulturwerte. Wir lehnen dabei den Rasse- und Blutgedanken als verderblich und entzweiend völlig ab. Deutschlands Einheit wird zerstört, wenn man sie in unserem buntrassigen Volke auf Rassenunterschiede und damit verknüpft auf verschiedene Rangwerte der Menschen aufbauen wollte. Solche nazistischen Gedanken sind ausgemerzt: sie führen und führten nicht zur Einheit und Einigkeit, sondern zum Bruderhaß,

zu Menschenverachtung, zum Antisemitismus und schließlich zum Kreuzzug gegen andere Völker. Mit diesen früheren nationalen Parolen hat unsere Nationale Front nichts, aber auch nichts zu tun. Für uns ist die Nationale Front die Gemeinschaft aller Deutschen ohne Unterschied der politischen Anschauung, des religiösen Bekenntnisses, der gesellschaftlichen Stellung, der verschiedenen Berufsarbeit.

Nationen in der Menschheitsfamilie

Nation bedeutet aber nicht nur die Gleichberechtigung der Bürger und Glieder eines Volkes in seinem Innern, sie bedeutet zugleich auch die Gleichwertung der verschiedenen Nationen in der Menschheitsfamilie. Auch die Völker sind, wie die Einzelmenschen, Persönlichkeiten mit Wert und Rang und Würde, sie sollen und dürfen niemals als bloße Mittel zu einem fremden Zweck ausgenützt werden. Es ist erst wenig länger als hundert Jahre her, daß der nationale Gedanke als eine neue politische Idee entstand. Jahrhundertlang hatten, gerade in unserem zerrissenen und zerstückelten Deutschland, die weiten Schichten unseres Volkes ohne nationales Selbstbewußtsein in einer geschichtslosen Masse gelebt, die unendlich vielen Herren und Regenten untertänig und hörig waren als Arbeitstiere und Heeresanwärter. Das wurde anders seit den Tagen der großen Französischen Revolution und seit den Reformen der Stein und Hardenberg und Scharnhorst: Mit der Befreiung des Volkes aus der Vieluntertänigkeit, der Leibeigenschaft und Sklaverei, mit der Menschwerdung der Masse, mit der Losung von Freiheit und Einheit erwuchs auch ein Nationalgefühl und ein Nationalbewußtsein in unserem Volke. Das alles waren damals den feudalen Herren und ihrer Oberschicht fluchwürdige Erscheinungen wie Gottesleugnung und Teufelsspuk und Revolution. Aber der nationale Gedanke hat sich gerade aus der Tiefe des Volkes emporgerungen.

Nationale Idee und internationaler Geist

Das politische Denken des 19. Jahrhunderts hat dann auch die rechte Anordnung von nationaler Idee und internationalem Geist gebracht. Die Nationen lernten, daß es oberhalb des Nationalideals noch ein anderes Ideal gab, das der Menschheit, der Völkergemeinschaft. Die Geschichte keines Volkes kann mit der nationalen Idee schließen, sondern führt gradlinig zur Menschheitsidee hinauf. Aber die Geschichte lehrt auch, daß der internationale Geist nicht eine Vermischung und Verwischung der nationalen Ideen ist, sondern ihr Zusammenklang. Menschen werden durch das Nationale getrennt, sie werden durch das Menschliche vereinigt; denn der Einzelmensch wie die Gruppe, das Volk wie die Menschheit werden geädelt durch Menschentum und Menschlichkeit. So bedeutet auch die Nationale Front keine Verschärfung nationaler Gegensätze, sondern mit der

Anerkennung der Rechte eines Volkes auf Selbständigkeit und Gleichwertigkeit zugleich das Bekenntnis zur höheren Gemeinschaft der Völker.

Ablehnung einer Einheitspartei

Auch die andere Besorgnis, daß über die Nationale Front der Weg zu einer Einheitspartei beschritten werden soll, kann zerstreut werden. Die Parteien, die sich jetzt in der gemeinsamen Losung der Nationalen Front zusammengetan haben, legen entscheidenden Wert darauf, daß das keinerlei Einwirkung auf die ideologische Grundeinstellung und auf das Programm und seine Durchführung haben soll. Es geht jetzt nur um eine Zurückstellung dieser verschiedenen Anschauungen zur Durchführung der vordringlichsten Aufgabe, der Schaffung der Einheit und der Erreichung des Friedens. Soll das Werk der Nationalen Front gelingen, so muß ein neuer tiefer Geist der Toleranz bei uns einziehen. Toleranz nicht einfach nur in dem längst überholten Sinne der bloßen Duldung einer anderen Meinung als Privatangelegenheit eines einzelnen, sondern Toleranz im echten Sinne der Achtung und Wertung der politischen, weltanschaulichen und religiösen Anschauung des Nachbarn. Gerade diese wahre und echte Duldsamkeit weiß, daß es neben den selbstverständlich vorhandenen Gegensätzen und Spannungen doch eine breite Fläche des Gemeinsamen gibt. So stellt die Forderung der Nationalen Front zugleich einen Appell an alle dar, im Geiste der Toleranz in allen Arbeitsstätten und auf allen Gebieten zusammenzuarbeiten. Es wird von der ehrlichen Durchführung dieser Forderung abhängen, wie groß und stark die Nationale Front wird.

Gegen die Störer der Nationalen Front

Jede Betrachtung der Gegenwartslage lehrt, daß die Menschen der Wirtschaft und der Berufe in Ost und West zu der klaren Erkenntnis gekommen sind, zur Arbeit zusammenzukommen. Wir wollen ins Gespräch kommen und nicht uns mit Auseinandersetzungen immer weiter voneinander entfernen. Aber auch unter den politischen Menschen meldet sich die Forderung, die trennenden Zäune niederzulegen und die scheidenden Gräben einzuebnen, gerade auch unter denen, die um die geistige und sittliche Verantwortung für die Zukunft wissen. Der Einheit Deutschlands haben früher einmal die Dynasten und die Feudalschicht entgegengestanden – der Sturm der Geschichte hat sie verweht. Beim Zusammenbruch im Jahre 1918 haben sich die Länderregierungen dem Zusammenschluß widersetzt und durch diese parteiegoistische Politik einen starken Schuldanteil an der Entwicklung der Weimarer Republik gehabt – auch sie sind aus ihren Machtstellungen gedrängt worden.

Wenn sich diesmal wieder Gruppen oder Schichten oder Einzelpersonen dem Ruf nach Zusammenschluß und Einheit und Einigkeit versagen – dann wird die aus der Tiefe der Volksseele kommende Bewegung über sie

hinwegjagen. Sie könnten das Werk verzögern, sie können es aber nicht hindern.

Die LDP für die Einheit

In diesem Sinne stellt sich die LDP getreu ihrem bisherigen Werdegang und ebenso getreu ihren Prinzipien in ihrem Programm in die Reihe der Nationalen Front. Sie wird sich in der Lauterkeit ihrer Motive von niemandem und von keiner Partei oder Gruppe übertreffen lassen. Denn wo immer in der deutschen Geschichte das Banner der deutschen Einheit aufgerollt worden ist, da standen liberale Männer und Frauen in vorderster Front. Wir handeln im Geiste und Sinne unserer politischen Väter, wenn wir jetzt in der höchsten Notzeit unseres Vaterlandes die Nationale Front stärken zur Erreichung der deutschen Einheit, des deutschen Friedens. Wir handeln dabei aber zugleich auch aus höchster Verpflichtung gegenüber den kommenden Geschlechtern, die ein Leben in Einheit und Freiheit und Frieden führen sollen.

Goethes Mahnung an die Gegenwart

In einem bekannten prophetischen Gespräche hat Goethe über Deutschlands kommende Entwicklung gesprochen: Mir ist nicht bange, daß Deutschland nicht eins werde; unsere guten Chausseen und künftigen Eisenbahnen werden schon das ihrige tun. Aber er fügt dann die tiefste Erkenntnis hinzu: Vor allem aber sei Deutschland eins in Liebe zueinander! Mit dieser Losung gehen wir an die politische Arbeit der Stunde.

Dokument 8

„Fragen und Antworten.“ Von der Parteileitung der LDP in Berlin an die LDP-Geschäftsstellen versandte Argumentationshilfe. Von Wolfgang Schollwer handschriftlich mit dem Eingangsvermerk „Nov(ember) 1949“ versehen (AdL 6947-4, S. 1100-1114).

Frage 1:

Wie stehen wir zur Oder-Neiße-Grenze?

Antwort:

1. Es gibt kein Objekt, das einen neuen Krieg mit allen seinen furchtbaren Folgen rechtfertigen könnte.
2. Es ist für unser deutsches Volk außerordentlich schwer, zu begreifen, daß der Verlust alten deutschen Gebietes endgültig sein soll, und man kann von einem Volk mit nationaler Gesinnung nicht fordern, daß es von sich aus eine solche Abtrennung verlangt.
3. Die Potsdamer Beschlüsse haben die Oder-Neiße-Grenze im Einvernehmen sämtlicher Alliierten als vorläufige Grenze bezeichnet. Jedoch ha-

ben wenige Monate später sämtliche Alliierten gemeinsam der Aussiedlung der bisherigen Einwohner aus diesem Gebiet zugestimmt und gemeinschaftlich durchgeführt. Hätten damals einige der Alliierten die Auffassung gehabt, daß diese Grenze nur als vorläufige Grenze zu betrachten sei, so wäre dieser Beschluß auf Ausweisung eine für uns unvorstellbare Grausamkeit gewesen. Wir wissen aber aus Erklärungen führender westlicher Staatsmänner, daß auch die Westmächte in Potsdam fest entschlossen waren, die festgesetzte Grenze als endgültig anzuerkennen, um so mehr, als damals in Polen Mikolajczyk führendes Regierungsmitglied war und die größten Sympathien der Westmächte besaß.

Die Westmächte und auch politische Kreise Westdeutschlands benutzen jetzt in großem Umfang die Oder-Neiße-Grenze als ein Propagandamittel, um das Mißtrauen des deutschen Volkes gegen die Völker des Ostens hervorzurufen und die Deutschen den eigenen westlichen Bestrebungen gefügig zu erhalten. Vor allem soll mit dieser Frage jeder Versuch, die nationale Frage von der Ostzone her zu lösen, gestört werden.

Wie die Westmächte heute wirklich denken, daß sie vor allem keineswegs geneigt sind, ernsthaft die Frage der Revision anzupacken, beweisen eine Reihe von offiziellen und Presseäußerungen. Die amerikanische „Neue Zeitung“ warnte nachdrücklichst vor allen Hoffnungen auf eine Revision, da dem Wanderstab nach dem Osten die Kanonen vorangehen müßten und kein Flüchtling, der seine Heimat liebt, um den Preis eines Krieges die Rückkehr zu erkaufen bereit sei. Die englische Zeitung „News Chronicle“ und der „Manchester Guardian“ traten im November für die Oder-Neiße-Grenze als die endgültige deutsche Friedensgrenze ein. Als die ehemals deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße endgültig durch Beschluß der polnischen Regierung an den polnischen Staat angegliedert wurden, ist kein Protest durch die Westmächte erhoben worden. Auch die Erklärungen der Westmächte zu der Regierungserklärung Adenauers in bezug auf die Oder-Neiße-Grenze lassen eindeutig erkennen, daß diese nicht gewillt sind, die westdeutschen Revisionsforderungen zu unterstützen. Eine ähnliche Erklärung gaben auch der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten, McCloy, und der französische Hohe Kommissar, François Poncet, ab. Das beweist deutlicher als alles andere, daß ernsthaft eine Revision der Grenze niemals von den Westmächten angestrebt wird. Jeder Deutsche, der mit dem Gedanken einer Revision der Grenze spielt, muß sich darüber klar sein, daß nirgendwo ernsthaft Kräfte bereit sind, ihm zu helfen. Jetzt nach Jahren, nachdem die Aussiedlung lange vollzogen ist, wäre es selbstverständlich taktisch möglich, den Standpunkt zu vertreten, daß die Grenze, die der Friedensvertrag festlegen wird, eine andere ist. Damit wird jedoch die Aussiedlung und die Vollziehung vollendeter Tatsachen nicht rückgängig gemacht.

4. Es ist ein Verbrechen an unseren Neubürgern, wenn wir ihnen durch eine andere Stellungnahme Hoffnung machten, daß sie wieder in ihre alte Heimat zurückkehren könnten. Dadurch wäre ihnen das Einleben bei uns in ihrer neuen Heimat erschwert oder gar unmöglich gemacht worden. Wir würden ihnen das Glück ihres Lebens verbauen und darüber hinaus in unserem Volke eine Millionenzahl von Unzufriedenen, Verzweifelten und schließlich Feinden der Demokratie schaffen.
5. Sollte der Friedensvertrag eine endgültige Abtrennung der Ostgebiete bringen, so haben wir mit allen Mitteln das Entstehen einer Irredenta-Bewegung zu unterbinden und zu verhindern. Eine solche würde die Gefahr einer kriegerischen Auseinandersetzung bringen. Der letzte Krieg hat unseren neuen Mitbürgern den Verlust ihrer alten Heimat gebracht, ein neuer Krieg würde ihnen vermutlich die neue Heimat zerschlagen.

Frage 2:

Hat in der neuen Regierung die SED nicht wieder den beherrschenden Einfluß, der alle anderen selbständigen Kräfte an die Wand drückt? Ist nicht die LDP entsprechend ihrer Wählerschaft zu wenig an den verantwortlichen Stellen beteiligt?

Antwort:

Die SED ist in der neuen Regierung und in den Ministerien entsprechend den Wahlergebnissen von 1946 zweifellos stark vertreten. Die verantwortlichen Persönlichkeiten der Partei sind im zentralen Block und im Kabinett für eine der Wählerschaft entsprechende Beteiligung der Partei auch in den unteren Stellen der Verwaltung eingetreten und werden dies auch weiterhin tun. Dabei müssen wir ganz objektiv feststellen, daß der Schritt von der DWK zur Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Fortschritt in unserem Sinne ist und daß wir jetzt erheblich stärker an der Verantwortung beteiligt sind als vorher. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt gerade deshalb durchgeführt worden, weil die verantwortlichen Persönlichkeiten unserer Partei darauf hinwiesen, daß die Deutsche Wirtschaftskommission nur eine vorübergehende Einrichtung darstellen dürfe.

Aus der ganzen Haltung der führenden Stellen der SED geht hervor, daß sie loyal mit uns zusammenarbeiten will. Wir wissen weiter, daß die bestehende Regierung nur ein Provisorium darstellt, das in 11 Monaten erneut geändert werden kann.

Die Partei wird ihre angestrengteste Aufmerksamkeit darauf richten, die personelle Frage in der Besetzung der einzelnen Stellen in den Ministerien und der Verwaltung positiv zu lösen. Sie hat auch ihre Ansprüche im Block angemeldet. Man muß sich aber klar sein, daß die unbefriedigende Lage um so eher gelöst werden kann, je stärker und geschlossener die Partei und je kraftvoller sie mit ihren fortschrittlichen Kräften auftreten kann.

Dieses Problem wird die verantwortliche Leitung der Partei und die Massen der Partei auch während des ganzen provisorischen Zustandes immer wieder beschäftigen müssen.

Frage 3:

Waren nicht Gemeinde- und Kreiswahlen möglich?

Antwort:

Die Frage der Verschiebung der Wahlen, die in einem Teil der Partei Befremden ausgelöst hat, ist in dem Artikel des Generalsekretärs der LDP, Günter Stempel, „An einen Unzufriedenen“, im „Morgen“ gestellt und beantwortet worden. Wir wissen, daß die LDP sich in den Regierungsverhandlungen entschieden, schließlich als einzige Partei, für einen früheren Wahltermin eingesetzt hat, daß sie dabei allein geblieben ist und daß sie nur nach schweren Bedenken nachgegeben hat, um das ganze Werk der Deutschen Demokratischen Republik nicht zu gefährden. Wir haben uns als Demokraten dem Entscheid der übrigen Parteien schließlich gefügt.

Frage 4:

Werden die Wahlen wirklich zu dem festgelegten Termin nach den Verfassungsbestimmungen stattfinden?

Antwort:

Wir wissen aus den Äußerungen der maßgebenden Persönlichkeiten, wie vor allem Prof. Kastners, daß die Partei unverrückbar an diesem Wahltermin festhält. Wir erinnern weiter an die Äußerung Grotewohls vor der Presse, daß die gesamte Arbeit der Regierung auf diesen Wahltermin abgestellt ist. Im übrigen ist der Wahltermin von der Volkskammer gesetzlich festgelegt worden. Wir haben keinen Anlaß, irgendein Mißtrauen zu äußern.

Frage 5:

Wird die Volkskammer entsprechenden Einfluß besitzen und die gesamte Verwaltung kontrollieren können? Werden so weitgreifende Befugnisse, wie sie die Sekretariatsbeschlüsse der DWK darstellen, künftig nicht mehr auf dem Verwaltungswege erlassen werden können?

Antwort:

Hier müssen wir immer wieder darauf hinweisen, daß wir der Begründung der Deutschen Demokratischen Republik auch deshalb aus vollem Herzen zugestimmt haben, weil sie die Entwicklung von der Verwaltungstätigkeit der DWK zur parlamentarischen Demokratie bedeutet. Alle grundsätzlichen Fragen müssen also durch Beschluß der Volkskammer geregelt werden. Die Volkskammer hat auch eine ganze Reihe von Ausschüssen gebildet, die die Tätigkeit der einzelnen Ministerien kontrollieren werden. Gerade auf diese Frage also wird die LDP ihr besonderes Augenmerk richten und dabei ihren Einfluß geltend machen.

Frage 6:

Besteht die Möglichkeit, daß die Provisorische Volkskammer in der Zeit ihres Bestehens Verfassungsänderungen beschließen wird?

Antwort:

Theoretisch besteht diese Möglichkeit. Praktisch wird das nicht der Fall sein, denn Ministerpräsident Grotewohl hat auf der Pressekonferenz vom 26.10. erklärt, daß die Regierung eine solche Umgestaltung nicht ins Auge fassen werde.

Frage 7:

Wird von nun an die persönliche Freiheit jedes Einzelnen gewährleistet sein?

Antwort:

Die Partei wird sich entschieden dafür einsetzen, daß die Grundrechte der Verfassung, die das Dasein des einzelnen Bürgers sichern, zu einem lebendigen Bestandteil unseres öffentlichen Lebens werden. Diese zugebilligten Rechte dürfen aber kein Freibrief sein, weder für staatsfeindliche Bestrebungen, noch für Angriffe gegen die Besatzungsmacht. Wir müssen im Interesse unserer friedlichen Entwicklung darauf achten, daß die großen Aufgaben der Demokratisierung, der Entnazifizierung und Entmilitarisierung nicht von verantwortungslosen Elementen gestört werden. Aus diesem Grunde ist auch in der Verfassung bestimmt, daß für eine destruktive Tätigkeit der Schutz der Verfassungsartikel nicht in Anspruch genommen werden kann. Je mehr wir also auf dem Wege einer fortschrittlichen Demokratie vorwärts gehen, um so ungestörter wird die persönliche Freiheit des Einzelnen sich entfalten können.

Frage 8:

Wird vor allem jetzt Pressefreiheit durchgeführt?

Antwort:

Die Besatzungsmacht hat ihre Rechte gegenüber der Presse auf deutsche Stellen übertragen. Aber hier liegen auch die gleichen Notwendigkeiten wie bei der obigen Frage. Die großen Aufgaben der Demokratisierung usw. verpflichten auch die Zeitungen zu einer aufbauenden und konstruktiven Haltung. Hinzu tritt, daß die Parteien sich in der Aktionsgemeinschaft des Blockes zu einem einheitlichen Anpacken der Aufgaben, die der Aufbau Deutschlands mit sich bringt, entschlossen haben. Das schließt nicht aus, daß Kritik und freimütige Äußerungen nicht gebracht werden können. Nur dürfen sie nicht zersetzend und hemmend für diesen Aufbau sein.

Frage 9:

Werden Eingriffe in das persönliche Eigentum fortfallen?

Antwort:

Der Ministerrat hat sich bereits darüber geeinigt, daß über die Fragen der Enteignung ein Gesetz erlassen wird; es ist selbstverständlich, daß jetzt, nachdem die Verfassung in Kraft gesetzt ist, ungesetzliche Enteignungen nicht stattfinden dürfen.

Frage 10:

Wann werden die nominellen Pgs wirklich gleichberechtigt sein, d. h. werden sie wirklich eine ihren Fachgebieten, ihren Leistungen und ihrer Vor- bildung entsprechende Arbeitsstätte finden können?

Antwort:

Wir verweisen auf das am 9. November von der Volkskammer erlassene Gesetz, dem in Kürze Ausführungsbestimmungen folgen werden. Unsere Auffassung ist in der Rede des Sprechers der LDP in der Volkskammersitzung vom 9. November niedergelegt.

Frage 11:

Wann werden die politisch Verhafteten freigelassen?

Antwort:

Die Frage der politischen Häftlinge und der Sicherungslage ist eine Frage des Vertrauens der Besatzungsmacht. Wir haben keinen Zweifel, daß jetzt, nachdem das Verhältnis der Sowjetunion zum deutschen Volk auf ganz neue Grundlagen gestellt ist, auch dieses Problem, das aus dem Sicherheitsbedürfnis der Besatzungsmacht geboren war, eines Tages gelöst werden kann. Wir können die Voraussetzungen für eine Lösung am ehesten schaffen, wenn wir eine ehrliche Freundschaft zur Sowjetunion pflegen, wenn wir dadurch ein Vertrauensverhältnis des ganzen deutschen Volkes zu den Völkern der Sowjetunion herstellen und wenn wir alle bewußten Störungsversuche aus westlicher Richtung entschieden ablehnen. Die ganze Frage ist einmal eine Folge des Krieges und weiter eine Folge der bewußten Zersetzungsversuche seitens des Westens. Wir werden zu ihrer Lösung beitragen, wenn wir die Sicherheitserfordernisse der Besatzungsmacht auf ein ehrliches Freundschaftsverhältnis zu den sowjetischen Völkern aufbauen.

Frage 12:

Wann werden die Kriegsgefangenen auch aus Rußland freigelassen?

Antwort:

Die Frage der Kriegsgefangenen wird nach offiziellen sowjetischen Äußerungen und nach der Versicherung des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik Anfang 1950 völlig gelöst sein. Wir haben keine Zweifel, daß diese Versicherungen eingehalten werden; das beweist schon die unaufhörliche Zahl der Transporte, die in Frankfurt/Oder eintreffen.

Frage 13:

Kann nicht eine Amnestie für politische und wirtschaftliche Vergehen erlassen werden?

Antwort:

Eine Amnestie ist bereits von der Volkskammer am 9. November 1949 beschlossen.

Frage 14:

Wann wird ein Friedensvertrag abgeschlossen? Wird dies in absehbarer Zeit geschehen?

Antwort:

Bei dieser Frage müssen wir uns daran erinnern, daß nach den Beschlüssen von Jalta und Potsdam ein Friedensvertrag mit Deutschland von allen vier Mächten gemeinsam abgeschlossen werden soll. Wir Deutschen haben, weil wir uns gegen die Spaltung Deutschlands wehren, kein Interesse an einem Sonderfrieden. Aus diesem Grunde hat auch Otto Grotewohl für die Provisorische Regierung betont, daß die Deutsche Demokratische Republik einen Sonderfrieden nicht anstrebt. Wir müssen aber feststellen, daß die Lösung dieser Frage des Gesamtfriedens jetzt erheblich näher gerückt ist, nachdem die erste Forderung des Deutschen Volksrates nach einem selbständigen deutschen Staat gelöst ist und nachdem mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik die unmittelbare Nachkriegsepoche abgeschlossen und die politische Entwicklung Deutschlands auf neuen Grundlagen in Fluß gekommen ist. Die Forderung der Nationalen Front nach einem gerechten Frieden bleibt für uns als vordringliche Aufgabe bestehen.

Frage 15:

Wird alsdann die Besatzungsmacht abrücken?

Antwort:

Wir haben nicht den geringsten Zweifel, daß die Sowjetunion ihr auf der Warschauer Außenministerkonferenz vom Juni 1948 gegebenes Versprechen voll und ganz einlösen wird. Wir werden die Erfüllung der Versprechen um so mehr erreichen, je freundschaftlicher sich die Beziehungen zwischen den beiden Völkern entwickeln.

Frage 16:

Werden dann auch die Reparationsleistungen abgebaut werden und die SAG-Betriebe an das deutsche Volk zurückgegeben werden?

Antwort:

Wir müssen uns klar darüber sein, daß deutsche Stellen auf diese Frage, die eine Folge des Hitler-Krieges ist, keinen unmittelbaren Einfluß haben. Wir dürfen und wollen uns der Verpflichtung zur Wiedergutmachung nicht entziehen. Aber wir können auch bei der Lösung dieser Frage voller

Vertrauen in die Zukunft sehen, wenn wir beobachten, wie die Sowjetunion ihre Reparationsansprüche von Jahr zu Jahr freiwillig herabgesetzt hat, so daß sie heute nur noch einen geringen Bruchteil der deutschen Produktion betragen. Wir glauben, daß wir auch zur Lösung dieser Frage am besten die Voraussetzung schaffen können, wenn wir unser Verhältnis zur Sowjetunion auf die Grundlage einer ehrlichen Freundschaft stellen.

Frage 17:

Könnte die Partei nicht an die Besatzungsmacht die Bitte richten, daß auch über die in der Kriegsgefangenschaft Verstorbenen Auskunft gegeben wird, um das Schicksal der vielen in diesem Krieg Vermißten zu klären und die Ungewißheit für viele Familien zu beseitigen?

Antwort:

Auch hier glauben wir, daß ein Vertrauensverhältnis beider Völker zueinander die Fragen lösen kann, die noch als ein Rest des Krieges das Dasein vieler Familien beschweren. Die Partei wird auch diesen Sorgen und Fragen ihre Aufmerksamkeit und Arbeit zuwenden.

Frage 18:

In den offiziellen Verlautbarungen ist von einer Umwandlung der SMA in eine Kontrollkommission gesprochen worden, die nur noch rein kontrollierende Funktionen ausüben wird. Wie wird sich dies im einzelnen auswirken?

Antwort:

Nach der Erklärung des Vorsitzenden der sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland General Tschujkow werden sich die Befugnisse der Kontrollkommission auf eine Kontrolle zur Durchführung der Potsdamer Beschlüsse beschränken. Die Ausgestaltung der Kontrolle hängt von dem Vertrauen der Sowjetunion in unsere ehrliche Haltung ab. Insofern werden wir auch darauf einwirken können. Auch hieraus ergibt sich die Verpflichtung zu einer aufrichtigen freundschaftlichen Haltung.

Frage 19:

Ist es nicht möglich, einen freien Reiseverkehr zwischen dem Westen und der Deutschen Demokratischen Republik zuzulassen? Es könnten dann doch die bestehenden verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen gepflegt und die Einheit auf diesem Gebiet angebahnt werden.

Antwort:

Die Zulassung eines freien Reiseverkehrs ist zwar durchaus erwünscht, sie sollte aber, so sehr für persönliche Reisen nach der menschlichen Seite hin ein Bedürfnis vorliegt, zurückgestellt werden, bis erst der allgemeine Reiseverkehr, der aus Gründen des Handels erforderlich ist, beschränkungslos durchgeführt werden kann. Der Handel ist das staatspolitisch Primäre, und man muß darauf verweisen, daß auch die Zollunion der Reichsgrün-

dung voranging. Deshalb die Stellungnahme: Reiseverkehr zur Pflege von verwandtschaftlichen und freundschaftlichen Beziehungen ist nur in dem Maße zuzulassen, als der besonders zu fördernde Handelsreiseverkehr dies zuläßt.

Frage 20:

Besteht nicht wenigstens Aussicht, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland enger zu gestalten? Den hohen Westmarkkurs abzubauen?

Antwort:

Die Frage der Verengung der wirtschaftlichen Beziehungen ist eine politische Frage, die wesentlich von der gegenseitigen Einstellung der vier Besatzungsmächte zueinander abhängt. Bei der jahrhundertelangen Zusammengehörigkeit deutscher Stämme, die Deutschland zu einer Einheit werden ließen, ist zu erwarten, daß sich die wirtschaftliche Vernunft durchsetzt. Der Westmarkkurs ist in keinerlei Weise wirtschaftlich gerechtfertigt und jetzt nach der neuen über 20%igen Abwertung um so weniger.

1. Der Eisenbahnerstreik,
2. Die Kurve des Kursverlaufs,
3. die Beibehaltung der Relation West-Ost trotz der westlichen Abwertung bewiesen eindeutig, daß der Kurs von Westen her manipuliert wird. Die Möglichkeit eines Abbaues muß von zwei Seiten angestrebt werden: Einmal von der politischen Seite vor allem dadurch, daß der Westen einlenkt, denn die Spekulanten handeln ja offensichtlich im Auftrage der Westmächte, auf der anderen Seite dadurch, daß durch Verstärkung des Interzonenhandels auf Verrechnungsbasis Wert gegen Wert, diese Manipulation sinnlos wird. In dem neu sich anbahnenden Preisgebäude, Wegfall der Subventionen und Senkung der HO-Preise, zeigt sich eine weitere Stütze unserer Währung, die bei der Kursfrage Ost-West nicht ohne Bedeutung ist.

Frage 21:

Weshalb werden die Angehörigen der SED bei der Besetzung von Stellen in der öffentlichen Verwaltung immer noch bevorzugt, z.B. in den volkseigenen Betrieben, Handelsorganisationen, die überwiegend mit SED-Leuten besetzt sind? Warum werden auch die einschlägigen Stellen in der öffentlichen Verwaltung der Landwirtschaft, der volkseigenen Güter, der MAS und der Dorfgemeinschaften der LDP vorenthalten und entzogen? Kann nicht hier über die Besetzung eines Postens in erster Linie die fachliche Eignung entscheiden?

Antwort:

Die verstärkte Stellung der LDP in der Regierung wird auch hier die Möglichkeit geben, diese unbefriedigende Situation zu klären und darauf zu drängen, daß auch Mitglieder unserer Partei in einem dem Ergebnis der

Wahlen angemessenen Verhältnis die Stellen der Verwaltung und der öffentlichen Wirtschaft besetzen. Es entspricht auch dem Gedanken des Blocks, der eine Aktionsgemeinschaft aller Parteien darstellt. Wir glauben, daß manche Fehler in der Vergangenheit nicht aufgetaucht wären, wenn nicht ein verengter Parteistandpunkt die Personalpolitik mancher Behörden bestimmt hätte.

Gerade um den Aufbau noch zu steigern, ist eine gerechte Personalpolitik notwendig. Auch hier müssen die Bestimmungen der Verfassung zur Geltung gebracht werden.

Frage 22:

Warum werden noch immer LDP-Leute aus der Verwaltung entlassen oder bei Bewerbungen benachteiligt? Kann die Partei ihren Angehörigen nicht einen stärkeren Schutz gewähren?

Antwort:

Die Partei wird ihre gestärkte Stellung in der Regierung benutzen, um das Recht unserer Parteifreunde zu sichern und auch für sie den Schutz des Verfassungsartikels in Anspruch nehmen.

Frage 23:

Besteht nicht die Möglichkeit, die Renten – wenigstens soweit sie unter einem Existenzminimum liegen – so zu erhöhen, daß sie das Leben des einzelnen Rentenempfängers wirklich sichern z. B. bei Kriegsbeschädigten? Wird ein Lastenausgleich durchgeführt werden?

Antwort:

Aufgrund unserer Anträge auf Rentenerhöhung teilte uns die Hauptverwaltung Finanzen mit, daß seit einiger Zeit Untersuchungen angestellt werden, ob und in welchem Umfange eine Heraufsetzung der Rentenleistungen der Sozialversicherung, mit Ausnahme der Unfall- und Bergmannsrenten, möglich ist. Das Ergebnis der Untersuchung muß abgewartet werden.

In der Zwischenzeit aber besteht in den Fällen, in denen die Rente weit unter dem Existenzminimum liegt, wie es besonders bei kranken, bettlägerigen und völlig alleinstehenden Rentenempfängern und bei Schwerstbeschädigten oft der Fall ist, die Möglichkeit, unter genauer Angabe der sozialen Notlage bei dem zuständigen Sozialamt zusätzlich eine laufende Fürsorgeunterstützung zu beantragen.

Ein Lastenausgleich kann auch nach den Ansichten der LDP nur auf gesamtdeutscher Grundlage vorgenommen werden; Voraussetzung ist also, daß die vier Zonen erst wieder vereinigt werden. Bis zu diesem Zeitpunkt hat die Parteileitung der LDP festumrissene Vorschläge für eine Soforthilfe für Umsiedler gemacht, nach denen sich die Regierung bereits in einem besonderen Fall gerichtet hat.

Frage 24:

Ist es berechtigt, solange die Knappheit an Milch, Fett und Fleisch besteht, diese Produkte zu erhöhten Preisen in der HO zu verkaufen? Wäre es nicht zweckmäßiger, die Milch unseren Kindern zu normalen Preisen zur Verfügung zu stellen?

Antwort:

Soweit die Milch, das Fleisch und das Fett aus der Pflichtablieferung kommt, geht es in die allgemeine Versorgung und wird zu Marktpreisen verteilt.

Die Tatsache, daß neben der Pflichtablieferung noch der Aufkauf freier Spitzen besteht, der zur Produktionsanregung zunächst zu wesentlich erhöhten sogenannten freien Spitzen-Preisen aufgekauft wird, insbesondere nach dem Wegfall jeglicher staatlicher Subventionen, die aus Steuern aufgebracht werden müßten, ist an eine Unterbringung dieser nicht allzu umfangreichen Mengen in die Versorgung nicht zu denken. Diese Mengen müssen also zu überhöhten Preisen verkauft werden, um eine allgemeine weitere Preiserhöhung zu vermeiden. Das ist indessen nicht als Dauerzustand zu betrachten. Es wird versucht werden, die Preisungleichheit unter Umständen durch die Änderung des Erfassungswesens auszugleichen und damit wird es möglich sein, auch diese Produkte in die allgemeine Versorgung einzubeziehen.

Frage 25:

Wäre es überhaupt nicht angebracht, die Preise der HO auf ein erträgliches Maß herabzusetzen, um auch den minderbemittelten Schichten einen Einkauf zu ermöglichen?

Antwort:

Die erhöhten Preise der HO sollen im Laufe des nächsten Jahres so weit herabgesetzt werden, daß nach der Ernte, wenn die Bewirtschaftung aufgehoben wird, eine einheitliche Preisebene erreicht wird.

Frage 26:

Werden sich die Konsumvereine noch weiter ausdehnen?

Antwort:

Sie haben in der Übergangszeit eine marktregulierende Aufgabe gehabt, die jetzt aber allmählich überholt ist. Ihre Gründung beruht bekanntlich auf liberalen Ideen. Schulze-Delitzsch, ein liberaler Vorkämpfer, ist einer seiner Mitbegründer. Wir wünschen keine Monopolstellung der Konsumvereine. Im übrigen führte Minister Handke am 27.8.1949 vor dem Kongreß der Konsumgenossenschaften aus, daß ihre wichtigste Aufgabe in Zukunft sei: die notwendige Spezialisierung des Verkaufsstellennetzes, die qualitative Verbesserung des Wirtschaftsapparates und seiner Leistungen und die Zurückweisung von Schundprodukten. Der Umfang der Tätigkeit

der Konsumvereine wird sich aus Anmeldung und Punktrücklauf ergeben. Dabei wird das Prinzip des gesunden Wettbewerbs entscheidend sein.

Frage 27:

Weshalb werden die Konsumvereine in der Warenbelieferung so stark bevorzugt? Warum können sie allein Obst und Gemüse, die aus dem Ablieferungssoll stammten, zu verbilligten Preisen verkaufen? Warum dürfen sie allein die Intelligenzkarten beliefern? All das wirkt sich doch zum Nachteil breiter Verbraucherkreise aus.

Antwort:

Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus der oben gegebenen Antwort und der grundsätzlichen Stellungnahme des Ministers Handke, der im übrigen zum privaten Großhandel ausdrücklich sagte, daß an seine Verstaatlichung nicht gedacht ist und ihm im Rahmen des Volkswirtschaftsplanes weiteste Betätigungsmöglichkeiten offen stehen. Aus der Verfolgung dieser Grundsätze werden sich auch die bezüglich Obst, Gemüse und Sonderbelieferung einzelner Kartengruppen ergebenden Beschwerden beheben.

Frage 28:

Beabsichtigt man, die Kräfte der privaten Wirtschaft ganz auszuschalten? Oder wird jetzt – mit der Neuordnung der politischen Verhältnisse – auch ein Abschluß der Entwicklung der letzten Zeit erfolgen, die die private Wirtschaft immer weiter eingeschränkt hat?

Antwort:

Nach den Erklärungen der DWK durch Selbmann und Rau und nach der Regierungserklärung ist eine solche Ausschaltung nicht beabsichtigt. Nach Ansicht der LDP nach der Verfassung auch nicht zulässig. Es wird unsere Aufgabe sein, diese Beruhigung und den Glauben an die demokratische Ordnung, die ja letzthin auch der SED-Parteivorstand als sein Ziel herausgestellt hat, zu erwirken. Wir hoffen dabei auf die tatkräftige Mithilfe unserer Minister und Staatssekretäre.

Frage 29:

Werden die private Industrie und das Handwerk künftig genügend mit Rohstoffen versorgt werden können? Oder werden sie hinter den volkseigenen Betrieben zurückstehen müssen? Wird überhaupt eine Auftragserteilung nach dem Grundsatz der Qualität erfolgen?

Antwort:

Die Versorgung ist eine Frage der Rohstoffdecke. Es muß deshalb Hauptziel sein, die Rohstoffdecke durch Förderung der Urproduktion und durch Einführen so zu verstärken, daß die private Industrie und das Handwerk in gleicher Weise wie die volkseigenen Betriebe versorgt werden können.

Im Zweijahresplan sind auch die Privatbetriebe zur Mitarbeit und Leistungssteigerung aufgerufen. Deshalb muß allen in gleicher Weise die Möglichkeit zur Mitwirkung gegeben werden.

Die Frage nach der Qualität bezieht sich auf die Fertigindustrie. Es entspricht demokratischen Grundsätzen, daß für die Auftragszuteilung die Qualität allein entscheidend sein soll, und daß bezüglich Qualität und Preis Industrie und Handwerk echte Konkurrenten gegenüber den volkseigenen Betrieben sein sollen.

Frage 30:

Wird der private Großhandel und Fachhandel bestehen bleiben?

Antwort:

Aus der Praxis der Handelszentralen hat sich ergeben, daß der private Handel bestehen bleiben muß.

Frage 31:

Können nicht die Handelsspannen auf ein für den Handel lebensfähiges Maß festgestellt werden?

Antwort:

Die Regelung der Handelsspannen war eine vorübergehende Notwendigkeit. Sie werden schnellstens den wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt werden. Man muß zu einer gesunden Entwicklung kommen, die weitgehend die branchenmäßigen Besonderheiten berücksichtigt. Dabei darf das Vernünftige nicht zur Ausnahme werden.

Frage 32:

Wird es – nach der politischen Neuordnung – dem einzelnen Bürger künftig möglich sein, auf dem Wege des Verwaltungsgerichtes Entscheidungen der Verwaltung, die ihn betreffen, anzufechten?

Antwort:

Die Verfassung der Republik sichert durch ihren Artikel 130 den Aufbau einer Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Alle Sonderkontrollenrichtungen zum Schutze der Bürger, die in der Übergangszeit nötig waren, können wegfallen, wenn eine umfassende Verwaltungsgerichtsbarkeit mit 3 Instanzen (Stadt- und Kreisverwaltungs-, Landesverwaltungsgerichte und Oberstes Verwaltungsgericht der Republik) geschaffen würden. Damit die Verwaltung nicht in eigener Sache (Innenministerium) tätig werden kann, strebt die LDP die Unterstellung unter die Justizministerien an.

Frage 33:

Die Verfassung sieht eine umfassende Selbstverwaltung vor. In der Praxis ist diese aber außerordentlich stark beschränkt, besonders in ihren finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen.

Wird die Möglichkeit der Ergänzung der DGO und der DKrO gegeben sein mit dem Ziele, eine gut funktionierende Selbstverwaltung wieder herzustellen?

Antwort:

Die LDP tritt programmatisch für eine starke Selbstverwaltung in der Gemeinde- und Kreisebene ein. Alle einschlägigen und gesetzlichen Bestimmungen der Übergangszeit vom 8. 5. 1945–7. 10. 1949 bedürfen dringend einer genauen Überprüfung, Änderung oder Neuregelung. Hier wird eine eingehende Bearbeitung durch alle zuständigen LDP-Dienststellen und Fraktionen einsetzen.

Dokument 9

Bericht Wolfgang Schollwers an die Vertretung der Sowjetischen Kontrollkommission in Potsdam vom 10. Januar 1950 über die Tätigkeit der LDP in der Nationalen Front (AdL 6947–5, S. 1289 f.).

Die LDP im Lande Brandenburg hat nach der Bildung der Deutschen Demokratischen Republik besonderen Wert auf die ideologische Aufklärung seiner Mitglieder gelegt und in einer Reihe von Arbeitstagen, auf denen die Kreisverbände bezirksweise zusammengefaßt wurden, auch auf die Bedeutung der Nationalen Front immer wieder hingewiesen. Im Landesmaßstab beschäftigte sich der Vertreter der LDP im Landesvolksausschuß besonders mit den Werbemaßnahmen für die Nationale Front und arbeitete in seiner Eigenschaft als stellv. Vorsitzender der Landeswerbekommission zusammen mit dem 1. Vorsitzenden dieses Ausschusses Vorschläge zur Intensivierung der Zirkelbildung aus, die zur Grundlage der Erweiterung der Nationalen Front dienen sollen.

Allgemein wurde von den Mitgliedern unserer Partei auf den Arbeitstagen die Form und der Inhalt der Propaganda der Nationalen Front in gewisser Hinsicht einer Kritik unterzogen, als diese sich propagandistisch an den Westen unseres Vaterlandes wendet. Wiederholt wird hierbei die oft große Ungeschicklichkeit bei der Formulierung von Losungen, Aufsätzen und Reden gerügt, vor allem aber erscheint den Mitgliedern unserer Partei die zeitweilig einsetzende Flut von Beschimpfungen und persönlichen Verunglimpfungen sämtlicher führenden westdeutschen Politiker nicht recht geeignet, um mit dem Westen unseres Vaterlandes irgendwie in nennenswerter Weise ins Gespräch zu kommen. Bei aller notwendigen Kritik an den politischen Verhältnissen unseres westlichen Teils des deutschen Vaterlandes, die offen und sachlich geführt werden sollte, mag man sich wenigstens in unserer Deutschen Demokratischen Republik eines Tones befleißigen, der die schon bestehenden Klüfte nicht noch weiter aufreißt, sondern den Weg zu einer endlichen Verständigung ebnet.

Die Durchführung einer vernünftigen und also auch erfolgversprechenden Propaganda wird darum von allen Mitgliedern der LDP auch im Lande Brandenburg im Hinblick auf die von allen ehrlichen und nationalgesinnten Deutschen erstrebte Einheit unseres Vaterlandes als die dringlichste und zugleich vornehmste Aufgabe innerhalb der Nationalen Front betrachtet.

Auf Grund der Tatsache, daß z. Zt. bei der Landesleitung keinerlei irgendwie vollständige Berichte über die Tätigkeit der Kreisverbände in der Nationalen Front seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vorliegen, bitten wir zunächst die Nichtvorlage der von Ihnen gewünschten diesbezüglichen Informationen entschuldigen zu wollen. Wir werden unsere Kreise anweisen, uns schnellstmöglich das verlangte Material zukommen zu lassen.

Schollwers Konflikt mit der LDP

Dokument 10

Wolfgang Schollwer: Entwurf eines Schreibens an den Parteivorsitzenden Karl Hamann vom 29. Mai 1949; mit dem handschriftlichen Zusatz versehen: „Von Herrn von Koerber zur Absendung an Parteileitung nicht freigegeben“. (AdL 6947–5, S. 722–724).

Sehr verehrter Herr Dr. Hamann!

Aufgrund zahlreicher kritischer Verlautbarungen unserer Kreisverbände und Ortsgruppen über das Verhalten der Parteileitung bzw. deren Pressestelle bei bedeutsamen politischen Situationen erlauben wir uns, Ihnen nachstehende grundsätzlichen Betrachtungen zur Kenntnis zu geben:

Unsere Partei hat sich leider vom Augenblick ihrer Gründung ab immer wieder dadurch ausgezeichnet, daß sie sich bei fast allen wichtigen politischen Entscheidungen unserer Zone nicht rechtzeitig in den Ablauf der Dinge einschaltete, sondern sich vielmehr oft genug von den Ereignissen glatt überrumpeln ließ. Aber auch die nachträglichen und für die politische Arbeit der Parteiverbände so außerordentlich wichtigen und notwendigen Stellungnahmen der Partei zu den politischen Ereignissen unserer Zone erschienen vielfach mit außerordentlicher Verspätung oder blieben sogar gänzlich aus.

Auch anläßlich der Delegiertentagung zum 3. Deutschen Volkskongreß ließ die Parteileitung eine klare und feste Haltung in mehrfacher Hinsicht vermissen und erweckte so den Eindruck, als wolle sie bewußt unbedingt notwendigen Entscheidungen und Erklärungen aus dem Wege gehen.

Schon am Vorabend der Wahl trat das erste Ereignis ein, das die Parteileitung und ihre Pressestelle unmöglich hätten stillschweigend übergehen

dürfen. Bekanntlich gab Rias Berlin an diesem Tage wiederholt eine Durchsage, daß die Kreisverbände der LDP und CDU ihre Mitglieder auf diesem Wege aufrufen, am 15. und 16. Mai mit „Nein“ abzustimmen. Daß eine Rundfunkmeldung von dieser politischen Tragweite der Parteileitung oder deren Pressestelle noch nicht einmal am Tage nach der Wahl bekannt geworden sein soll, erscheint uns unfassbar!

Völlig unverständlich ist es auch, daß es unsere Parteileitung nicht für nötig hielt, die Eingriffe der Innenminister der Zone, bzw. der SED Landes- und Kreisleitungen und anderer Instanzen in die Stimmenausswertung noch während der Wahl in irgendeiner Form nachträglich zu kommentieren. Im Gegenteil: der Wahlkommentar der Parteileitung schien eindeutig den Gesamtablauf des Wahlaktes mit allen seinen zum Teil außerordentlich unerfreulichen und undemokratischen Nebenerscheinungen vorbehaltlos zu billigen, im Gegensatz zu der Ansicht nicht nur der Mitglieder unserer Partei, sondern auch der Bevölkerung der Zone.

Selbst der Parteivorstand der CDU hat inzwischen zu den sehr bedenklichen Manipulationen gewisser Stellen in den Ländern der Zone, die zu einer Fälschung des Wahlergebnisses geführt haben, nunmehr zwar verspätet, aber immerhin doch noch Stellung genommen. Sollte der Parteivorstand auf seiner Sitzung am 30. Mai vielleicht doch noch diese Frage berühren, so wäre unseres Erachtens diese Stellungnahme zwei Wochen nach der Wahl für uns als Partei praktisch wertlos.

Es will manchmal scheinen, als sei sich die Parteileitung nicht immer ganz darüber im klaren, welch furchtbar deprimierenden Eindruck eine derartige Haltung der Führung der LDP auf Mitglieder und Freunde unserer Partei machen muß. Unsere Parteifreunde wünschen zumindest, daß das, was in den Ländern der Zone im Mittelpunkt des allgemeinen politischen Interesses steht, und für unsere Partei von entscheidender Wichtigkeit ist, in irgendeiner Form auch von der Parteileitung kommentiert wird. Sie sehen dabei durchaus ein, daß es aus taktischen Gründen vielleicht nicht immer möglich oder zweckmäßig sein wird, in eindeutiger Form zu gewissen Vorgängen seine Ablehnung zu bekunden, erwarten aber mit Recht, daß man über hochpolitische Dinge nicht einfach stillschweigend hinwegzugehen versucht, bzw. sich – vielleicht aus Opportunitätsgründen – mit Vorkommnissen von vornherein vollkommen einverstanden erklärt, denen gegenüber die gesamte Mitgliederschaft der Partei eine eindeutig entgegengesetzte Meinung vertritt. Es müßte aber auch selbstverständlich sein, daß die Parteileitung und ihre Pressestelle bemüht sind, bei evtl. notwendigen nicht gerade populären Stellungnahmen und Entscheidungen soweit wie möglich die Mitgliederschaft über die Notwendigkeit derselben durch Kommentare usw. aufzuklären.

Diese Tatsache erhellt die unabdingbare Notwendigkeit eines häufigeren Zusammentretens des Geschäftsführenden Vorstandes oder seines aus seiner Mitte gewählten kleineren Gremiums zur Beratung der wichtigsten

politischen Ereignisse. Diese Sitzungen müßten unseres Erachtens grundsätzlich immer sofort nach Auftauchen schwerwiegender politischer Probleme einberufen werden, damit die gesamte Partei und vor allem die Funktionäre derselben rechtzeitig den Standpunkt der LDP zu der betreffenden Frage zur Kenntnis erhalten.

Hierbei wird es sich nicht vermeiden lassen, die Pressestelle der Parteileitung einer gewissen Umorganisation zu unterziehen, damit rechtzeitig und in wirkungsvollere Weise als bisher eine klare und eindeutige Information unserer Partei über die entscheidenden Fragen ermöglicht werden kann.

Es wird weiterhin vor allem auch notwendig sein, die Frage unserer Parteizeitung, des „Morgen“, einer nochmaligen und gründlichen Überprüfung zu unterziehen. Denn es ist auf die Dauer unerträglich, daß unsere LDP-Zeitung ihrem Inhalt nach so gestaltet ist, daß sämtliche Parteifreunde dieses Blatt auf das entschiedenste ablehnen. Deshalb erscheint es uns auch dringend erforderlich zu sein, daß die Parteileitung endlich energische Schritte unternimmt, um das Problem einer Landeszeitung für Brandenburg nun endgültig zu lösen.

Wir bitten Sie, sehr verehrter Herr Dr. Hamann, diese Fragen und Probleme eingehend prüfen zu wollen, da nach unserer Ansicht und nach der Ansicht der Mitglieder von ihrer baldigen und zufriedenstellenden Lösung in entscheidendem Maße der Erfolg bzw. Mißerfolg unserer Parteiarbeit in Zukunft abhängen wird.

Unsere Parteifreunde in Stadt und Land müssen das Bewußtsein haben, daß ihre Sorgen und Nöte von der Führung der Partei klar erkannt und verstanden werden – wie es ja doch auch tatsächlich bei Ihnen persönlich, Herr Dr. Hamann, der Fall ist, und daß diese nicht etwa versucht, schwierigen Situationen durch Stillschweigen oder mehr oder minder nichtssagende Erklärungen aus dem Wege gehen zu wollen.

Bei allem Verständnis für die außerordentlich schwierigen Aufgaben und Probleme, die unsere Parteileitung täglich zu lösen hat, müssen Sie doch klar die Gefahr erkennen, daß eine Parteiführung, die wiederholt die Stimmung und Meinung ihrer Mitglieder ignoriert, es auf die Dauer nicht wird verhindern können, daß ihr die Mitgliedermassen allmählich vollkommen entgleiten.

Mit vorzüglicher Hochachtung und parteifreundlichem Gruß

Dokumente 11 und 12

Briefwechsel zwischen Dr. Carl Mühlmann (stellvertretender Landesvorsitzender von Brandenburg) und Wolfgang Schollwer betreffend Schollwers Beitrag vor LDP-Mitarbeitern der Nationalen Front in Berlin vom 22.5.1950. Schollwers Äußerungen auf dieser Tagung waren der Anlaß für seine Kündigung und die Nieder-

legung seiner Parteiämter (s. Tagebucheintragung vom 5. Juni 1950). Mühlmann schrieb den Brief, mit dem er Schollwers Bericht anforderte, formlos: ohne Kopfbogen und ohne Grußformel. (Alle Dokumente: AdL 6948–7, S. 1594)

Dr. C. Mühlmann

Potsdam, den 27. Mai 1950

Sehr geehrter Herr Schollwer!

Wie mir kurz vor der letzten Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Potsdam von Herrn Steffen mitgeteilt wurde, haben von Ihnen gemachte Äußerungen auf der Tagung der Referenten der Nationalen Front der LDP in Berlin am 22. Mai 1950 bei der Parteileitung Anstoß erregt.

Ich bitte Sie deshalb, mir möglichst umgehend einen entsprechenden Bericht über diese Angelegenheit zugehen zu lassen.

Mühlmann

Herrn Dr. Carl Mühlmann
Potsdam
Stalinallee

30. Mai 1950

Ihr Schreiben vom 29. 5. 50

Sitzung der LDP-Referenten der Nationalen Front am 22. 5. 50

Sehr geehrter Herr Dr.!

Indem ich mich auf das von Ihnen verfaßte Schreiben vom 29. 5. an mich beziehe, in dem Sie um einen Bericht über meine Äußerungen auf der Sitzung der Referenten der LDP in der Nationalen Front am 22. Mai 1950 in Berlin, Steinsaal, Mauerstr., baten, übersende ich Ihnen anliegend das gewünschte Material zu Ihrer Verwendung.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Schollwer

Anlage

Bericht über meine Ausführungen in der Sitzung der Referenten der Nationalen Front der LDP am 22. 5. 50 in Berlin.

Am 22. 5. 1950 fand in Berlin im Steinsaal, Mauerstr., eine Sitzung der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiter der LDP in der Nationalen Front aus allen Landesverbänden der DDR statt. Den Vorsitz dieser Sitzung hatte Herr Minister Dr. Hamann, der in seinem Referat über „die Probleme der LDP und die Nationale Front“ besonders die Lage der westdeutschen Wirtschaft und die wachsende Bereitschaft westdeutscher Wirtschaftskreise zur Zusammenarbeit hervorhob. Auf die Vorverhandlungen zur Einheitsliste am 15. 10. 50 eingehend betonte Hamann, daß trotz gemeinsamer Wahlliste keine Partei daran denke, ihr Eigenleben aufzuge-

ben. Das gemeinsame Wahlprogramm werde die Arbeit aller Parteien sein. Die vollkommen neue Phase der politischen Entwicklung könne nicht von den Wünschen einer Gruppe allein bestimmt werden. Er schloß seine Ausführungen mit einem Appell an die Anwesenden, so zu arbeiten, daß das Verständnis für diese Dinge in der Bevölkerung und in der Partei Fuß fasse. Es gelte Vertrauen zu entwickeln und das Mißtrauen zu beseitigen!

Nachdem in der anschließenden Diskussion zunächst zwei Parteifreunde kritisch zu einigen Fragen der Landwirtschaft und der Blockpolitik Stellung genommen hatten, wurde mir das Wort erteilt und ich führte sinngemäß ungefähr folgendes aus:

Mir scheine es im Zusammenhang mit dem von Dr. Hamann vorgetragenen Referat notwendig, die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf 2 Presseveröffentlichungen hinzulenken. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen sei ich gewillt, zunächst einmal folgende grundsätzliche Feststellungen vorzuschicken:

- 1) daß es geradezu kindisch sei, wenn man versuchen wollte, die SED von dem einmal von ihr gesteckten Ziel abbringen zu wollen und daß
- 2) es ebenso töricht wäre zu glauben, man könne die SED davon abbringen, diese ihre Zielsetzungen und Auffassungen in Reden und Presseorganen zu publizieren und daß schließlich
- 3) politische Schwierigkeiten nicht sofort ausgeschaltet werden könnten und diese auch zukünftig immer wieder auftreten würden.

Dennoch müsse ich hier auf nachfolgende Pressenotizen, die sehr schwerwiegend seien, eingehen.

Zum ersten auf einen Artikel im „Neuen Deutschland“ vom 12. Mai 1950, Nr. 109: „Die Strategie und Taktik des Leninismus“, anlässlich des 30. Jahrestages des Erscheinens des Buches von Lenin „Der Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“. Ich zitierte hieraus einen Teil des Absatzes, der mit „Man muß manövrieren können, ohne die Selbständigkeit aufzugeben“ überschrieben ist, und in dem es heißt:

An Hand der historischen Erfahrung der bolschewistischen Partei zeigt Lenin, daß die revolutionäre Partei in ihrem Kampf gegen die Feinde eine elastische Taktik anwenden, manövrieren und verstehen muß, in diesem Kampfe Verbündete zu finden und auszunutzen, ohne auch nur einen Schritt von ihren ideologischen Positionen abzugehen, und dabei die völlige Selbständigkeit zu bewahren.

Dieser Leninsche Hinweis hat auch heute noch äußerst aktuelle Bedeutung für die kommunistischen Bruderparteien, die alle demokratischen Kräfte zum Zwecke des Kampfes gegen die imperialistische Reaktion, gegen die Brandstifter eines neuen Krieges zusammenfassen.

Ich erklärte, daß ich besonders auf die Formulierung „auszunutzen“ zu achten bitte.

Zum zweiten lenkte ich die Aufmerksamkeit auf den Entschließungsentwurf zum III. Parteitag der SED. Ich hätte dieses Dokument sehr genau

und eingehend studiert und es gäbe wohl sehr viel dazu zu sagen; ich wolle mich aber hier nur auf die Hervorhebung eines Punktes beschränken, nämlich des Abschnittes, der sich mit den kulturpolitischen Zielsetzungen dieser Partei beschäftigt. Neben der Kampfansage gegen jeden Opportunismus, gegen jedes sogenannte Versöhnertum scheine mir speziell der Satz bemerkenswert, der ganz klar „den Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien in den Schulen“ fordere. Zum Kampfe gegen jedes „Versöhnertum“ sei zu sagen, daß man damit der Nationalen Front insofern entgegenarbeite, als zweifellos ohne eine gewisse Kompromißbereitschaft in Ost und West das deutsche Problem und die Frage der deutschen Einheit nicht zu lösen sei. Selbstverständlich denke man nicht an eine Versöhnung mit irgendwelchen Kriegshetzern, aber ohne diesen Versöhnungsgedanken werde man die Spaltung unseres Vaterlandes nicht überwinden. Der Kampf gegen die „bürgerlichen Ideologien in den Schulen“ bedeute m.E. die offizielle Kampfansage der SED gegen alle nichtmarxistischen Ideologien, also auch gegen die unsere. In dem Augenblick, da die Parteien sich zu einer gemeinsamen Wahlliste entschlossen hätten und gewillt seien, den Kampf in der Nationalen Front zu verstärken, seien derartige Veröffentlichungen, die von der maßgebendsten Seite der SED, nämlich von ihrer Parteiführung ausgingen, zumindest als taktisch unklug, wenn nicht sogar noch schlimmer zu bezeichnen. Man möge sich vorstellen, welche Wirkung derartige Presseveröffentlichungen auf die Menschen unten in den Ländern und Kreisen hätten, die so natürlich nur noch viel, viel schwerer für eine Zusammenarbeit mit der SED im Block und in der Nationalen Front zu gewinnen seien.

Dr. Hamann erklärte in seiner Erwiderung auf meine Äußerungen u. a., daß ihm auch verschiedene Punkte dieser Entschließung aufgefallen seien und er diese mit Ulbricht durchgesprochen hätte. Man habe sich aber über alle Punkte einigen können! Wir selbst bezeichneten uns ja nicht als bürgerliche Partei und seien auch keine, brauchten uns also nicht „die Jacke anzuziehen“.

Ich erwiderte, daß man manchmal den Eindruck habe, als ob unsere Liberalen sich allzu sehr in der Hoffnung wiegen würden, daß die SED mit den gleichen Gedanken, Absichten und Voraussetzungen herangehen würde an politische Fragen, wie wir selber. Dennoch bestehe ein großer Unterschied zwischen uns. Selbst wenn man annähme, daß die SED-Parteiführung mit dem Kampf gegen die bürgerlichen Ideologien nicht auch den gegen unsere Weltanschauung meine, wer bürge denn dafür, daß nicht die Unterfunktionäre dieser Partei damit eine Vollmacht erhalten zu haben glauben, mit der sie gegen unsere Idee überall zum Angriff vorgehen können?

Ein Berliner Parteifreund bestätigte mir in einer anschließenden Diskussionsrede, daß der Marxist jede nichtmarxistische Ideologie als eine bürgerliche zu bezeichnen pflege.

Wie ich durch persönliche Äußerungen des Herrn Flatau und vor allem durch den Bericht des Herrn Steffen über diesbezügliche Äußerungen der Herren Stempel und Flatau erfahren habe, betrachtet die Parteileitung die von mir auf der Sitzung gemachten kritischen Äußerungen, die m. E. das Kernproblem der politischen Arbeit unserer Partei in der DDR berühren, als parteischädigend, obwohl sie auf einer internen Sitzung unserer Partei (es waren etwa 35–40 Personen anwesend) gemacht wurden und lediglich dem Zwecke dienen sollten, über die brennendste und alle ernsthaften Parteifreunde auf das lebhafteste interessierende Frage durch offene Aussprache mit dem Parteivorsitzenden Klarheit zu gewinnen.

Pdn., den 30. Mai 1950

gez. Wolfgang Schollwer